



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 4

April 1975

Aufsätze:



Eheschließungen und -lösungen
Zur Statistik im Einzelhandel
Sozialprodukt (Teil 1)

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1973/74	1974/75	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt September bis Januar			
INDUSTRIE ¹					
Produktionsindex	1962 = 100	190	192	+	1
Beschäftigte	1 000	188	185	-	2
Umsatz ²	Mill. DM	1 553	1 754	+	13
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	23	21	-	6
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,3	6,9	-	6
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 619	1 331	-	18
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	297,9 ^a	405,2 ^a	+	36 ^a
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	241,5 ^a	349,8 ^a	+	45 ^a
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 304	5 857	+	10
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	122,8	145,1	+	18
Grundstoffpreise ³	1962 = 100	127,9	144,4	+	13
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	117,7	133,0	+	13
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	121,9	117,7	-	3
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	121,6	129,6	+	7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	119,2	124,7	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 049	5 320	+	5
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	17 683	19 367	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	7 508	8 314	+	11
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	94	110	+	17
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	92	103	+	11
Lohnsteuer	Mill. DM	196	234	+	20
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	273	286	+	5

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Baubranche und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer
a) August bis Dezember

INHALT 4/75

	Seite
Aktuelle Auslese	73
Aus dem Inhalt	74
●	
Aufsätze	
Eheschließungen und Ehelösungen	75
Die Grundzüge der Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik	83
Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts (Teil 1)	87
Tabellenteil	Beilage
●	
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 9/10-1974

- Fernpendler
- Fremdenverkehr
- Beherbergungskapazität
- Entwicklung im Handwerk

Heft 11/12-1974

- Bevölkerungsereignisse im Bild
- Haushalte und Familien 1970
- Industrieumsätze und -löhne
- Gebäude und Wohnungen 1972
- Rinder- und Schweinehaltung

Heft 1 / 1975

- Altersstruktur der Studenten
- Verarbeitende Industrie 1974
- Industrie-Investitionen 1973
- Investitionen im Baugewerbe
- Die nächste Wohnungszählung

Heft 2 / 1975

- 90 Jahre Raiffeisen
- Baugewerbe am Wendepunkt?
- Körperschaftsteuer 1971
- Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Heft 3 / 1975

- Mehrlingsgeburten
- Ausländische Studenten
- Struktur Löhne und Gehälter
- Krankenversicherung



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 4

April 1975

Aktuelle Auslese



Geburtenziffer auf bisher nicht gekanntem niedrigen Niveau

Im Jahre 1974 wurden in Schleswig-Holstein 25 545 Kinder lebend geboren, darunter 1 874 (7,3 %) Kinder von Ausländern. Gegenüber den Vorjahren hat sich der Rückgang der Geburtenzahlen verlangsamt. 1974 wurde gegenüber 1973 nur noch ein Rückgang von 3,2 % verzeichnet, dagegen 1973 einer von 10,1 % und 1972 einer von 12,4 %. Die Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner sank von 10,3 im Jahre 1973 auf 9,9 im Jahre 1974. Auch diese Ziffer zeigt eine Verlangsamung der Abwärtsbewegung (1970: 14,1; 1971: 13,3; 1972: 11,5). Allerdings muß hinzugefügt werden, daß bisher noch nie eine derartig niedrige Geburtenziffer festgestellt worden ist wie 1974, auch nicht in Kriegs- und Inflationszeiten.



Millionengrenze im Wohnungsbestand überschritten

Im Jahre 1974 wurde in Schleswig-Holstein die millionste Wohnung fertiggestellt. Am Jahresende 1974 belief sich die genaue Zahl auf 1 006 473 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Das bedeutet gegenüber dem 31. 12. 1973 eine Erhöhung um 26 375 Wohnungen oder 2,7 %. Die Zahl der Wohngebäude erhöhte sich gleichzeitig um 9 759 oder 2,0 % auf 486 266. Im Berichtsjahr 1974 errechnet sich eine Wohndichte von 2,6 Personen je Wohnung. Vor 10 Jahren waren es 3,2 Personen und vor 20 Jahren sogar durchschnittlich 4,2 Personen, die eine Wohnung miteinander teilten.



Geringer Bauüberhang 1974

Die Bauüberhangserhebung 1974 ermittelte zum Jahreswechsel in Schleswig-Holstein 28 290 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, die von den Baugenehmigungsbehörden des Landes zum Bau freigegeben, aber noch nicht fertiggestellt, zum Teil sogar noch nicht begonnen waren. Der Bauvorrat an Wohnungen, der in das neue Baujahr übernommen wird, ist damit geringer als in den Jahren zuvor. Der Durchschnittswert der

letzten 10 Jahre wurde nur zu 78 % erreicht. Der Abbau des Bauvorrats – Ende 1972 waren es noch 45 889 Wohnungen – ist auf den Rückgang der Baugenehmigungen bei gleichzeitig hohen Fertigungszahlen zurückzuführen. In den Jahren 1973 und 1974 standen 62 789 fertiggestellten Wohnungen und 2 084 erloschenen Baugenehmigungen nur 47 274 genehmigte Wohnungen gegenüber. Der 1974 deutlich gewachsene Anteil der noch nicht begonnenen Bauvorhaben am Bauüberhang insgesamt (29 %; 1973 = 20 %) läßt darüber hinaus die abwartende Haltung zahlreicher Bauwilliger erkennen. Der Anteil Schleswig-Holsteins am Bauüberhang des Bundesgebietes insgesamt (rund 780 000 Wohnungen) hat sich von 3,9 % im Jahre 1973 auf 3,6 % im abgelaufenen Jahr vermindert.



Beschäftigtenstand in der schleswig-holsteinischen Industrie günstiger als im Bundesgebiet

Die konjunkturelle Abschwungphase hat in der verarbeitenden Industrie Schleswig-Holsteins bis zum Februar 1975 zu einem Rückgang von 6 400 Beschäftigten (3 %) gegenüber Februar 1974 geführt. Ende Februar 1975 wurde mit 179 000 Industriebeschäftigten der niedrigste Stand seit 1969 registriert. Im Vergleich zum Bundesgebiet war die Beschäftigtenentwicklung in Schleswig-Holstein noch relativ günstig. Im Bundesgebiet war die Zahl der Industriebeschäftigten bereits Ende Dezember 1974 um 5 % geringer als vor einem Jahr (Schleswig-Holstein: – 2 %).



Beschäftigung im Bauhauptgewerbe noch rückläufig

Auch im Februar 1975 kam der seit Monaten anhaltende Beschäftigtenrückgang im Bauhauptgewerbe nicht zum Stillstand. Die Zahl der Beschäftigten lag in Schleswig-Holstein mit 48 000 Personen um 1 000 (2 %) unter dem Vormonatwert und um 7 300 Personen niedriger als im Februar 1974. Die geleisteten Arbeitsstunden gingen – kalenderbereinigt – um 6 % auf 5,2 Mill. Stunden zurück. Entscheidende Einflußgrößen dieser Entwicklung sind im Februar 1975 der niedrigere Beschäftigtenstand und die vermehrten Ausfälle durch Kurzarbeit und Schlechtwetter.

Aus dem Inhalt

Eheschließungen und -lösungen Seite 75

Beide Ereignismengen hängen stark vom Altersaufbau der Bevölkerung ab. Sie schwanken deshalb im Laufe der Zeit nicht allein aus ihrer verschiedenen Häufigkeit heraus, sondern auch mit der, besonders beim stark zerklüfteten Altersaufbau dieser Zeit und Region, wechselnden Besetzung der Jahrgänge, die hauptsächlich Träger dieser Ereignisse sind. Von 1961 bis 1973 ist die Zahl der jährlich geschlossenen Ehen von 22 500 auf 15 200 gesunken. Die grobe Heiratsquote fiel von 9,7 auf 5,9 je 1 000 Einwohner. Das durchschnittliche Heiratsalter hatte nach dem Krieg zunächst bei 31 (Männer) und 27 Jahren (Frauen) gelegen. Es war bis 1960 kräftig gefallen, einige Jahre so geblieben, und es steigt seit 1968 wieder an. 1973 lag es bei 29 und 25 Jahren. Dies beweist nicht steigendes Alter beim Schließen der ersten Ehe, sondern wird durch den steigenden Anteil der wiederheiratenden und darum älteren Brautleute verursacht. Die Anteile der Geschiedenen und Verwitweten unter ihnen ist sowohl bei Männern als auch bei Frauen seit 1968 um mehrere Prozentpunkte gestiegen. Von den 15 200 Eheschließungen des Jahres 1973 fanden 11 200 zwischen zwei Ledigen statt (74 %). Auch die übrigen 8 Familienstandskombinationen kamen vor, mit Anteilen ab 0,7 % (lediger Mann – verwitwete Frau). Je älter der Mensch, desto weniger ist er zur Eheschließung geneigt, sei es zum ersten oder zum wiederholten Male. Spezifische Kurvenbilder untermauern diese wie auch die wichtigen anderen Aussagen. Männer können noch leichter als Frauen in jedem Alter einen Partner finden, je älter sie sind, desto größer ist im Mittel der Altersabstand der Frau, die durchweg jünger ist: 0,2 bis 9,3 Jahre für die Männer von 18 – 19 bis 55 – 56 Jahren. Von 5 Ausländern, die hier heiraten, wählen 4 einen deutschen Partner, die übrigen einen Landsmann. Eine Darstellung der Ehescheidungen nach ihren juristischen Gründen und deren Häufigkeiten sowie mit der Scheidungsziffer im internationalen Vergleich beschließt den Aufsatz. Das durchschnittliche Scheidungsalter liegt jetzt bei 33 Jahren. Die Ehe hatte dann im Durchschnitt 9,7 Jahre gedauert.

Zur Statistik im Einzelhandel Seite 83

Dieser methodische Aufsatz beantwortet alle Fragen, die zum Verfahren, den Gegenständen und den Gruppierungen in dieser Statistik gestellt werden. Sie erhebt monatlich den Umsatz, die Zahl der Vollbeschäftigten, Teilbeschäftigten und Verkaufsstellen. Jährlich wird nach dem Umsatz, dem Wert der Wareneinkäufe und dem Inventurwert des des Lagers gefragt. Berichtspflichtig sind Unternehmen mit Schwerpunkt im Einzelhandel oder Gastgewerbe, jeweils aber für das ganze Unternehmen. Zur Gastgewerbebestatistik melden auch die sogenannten Feriencentren. Das Ganze wird in Form einer Stichprobe durchgeführt, zu der rund 2 200 Einzelhändler und rund 1 000 Gastgewerbeunter-

nehmen gehören. Die Fluktuation der Unternehmen bringt besondere Schwierigkeiten mit sich, wenn auch nach 8 bis 10 Jahren Berichtszeit eine neue Stichprobe gezogen wird. Die Sortimentsgliederung im Einzelhandel umfaßt 10 Gruppen, 40 Untergruppen und 80 Wirtschaftsklassen. Eine weitere Gliederung ist die nach der Organisationsform: Warenhaus, Versandhandel, Konsumgenossenschaft und Facheinzelhandel. Das Gastgewerbe wird in Beherbergung und Gaststätten unterteilt, diese in die Betriebsformen wie Hotel, Bahnhofswirtschaft, Café, Kantine usw.

Sozialprodukt (Teil 1) Seite 87

Kürzlich konnten zum ersten Mal über die Entstehungsrechnung hinaus auch regionale Ergebnisse über die Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts vorgelegt werden. Dieser Aufsatz stellt die allgemeinen Konventionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dar, die zum Verständnis der weiteren Ausführungen erforderlich sind. Besonders der Unterschied zwischen Inlands- und Inländerprodukt ist in diesem Zusammenhang wichtig. Ein anderer wichtiger Unterschied liegt in der Bewertung zu Marktpreisen und zu Faktorkosten. In Schleswig-Holstein hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1960 bis 1974 um 256 % erhöht (im Bundesgebiet um 230 %). Dieser nominalen Wachstumsrate steht eine reale von 90 % gegenüber, was je Jahr + 4,7 % bedeutet (Bundesgebiet + 4,4 %). An den Wachstumsraten von Jahr zu Jahr, die in Tabellen abgelesen werden, können deutlich Konjunkturzyklen abgelesen werden. Die jährliche Teuerung war in Schleswig-Holstein 1967 mit 1,1 % am niedrigsten, 1971 mit 8,3 % am höchsten. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche sind an der Erstellung des BIP mit sehr unterschiedlichen Anteilen beteiligt. 1974 kommen 41 % vom warenproduzierenden Gewerbe (real sogar 47 %). Handel und Verkehr leisteten 19 %, Dienstleistungen 18 %, Staat und private Haushalte 16 % und die Landwirtschaft 6 %. Im BIP zu Marktpreisen sind die Abschreibungen und indirekten Steuern enthalten und die Subventionen subtrahiert. 1970 machten die Abschreibungen einen Anteil von 11 % am BIP zu Marktpreisen aus. Dieser Anteilswert errechnet sich auch schon für 1966 und ist seitdem nahezu konstant geblieben. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche ergeben sich jedoch zum Teil erhebliche Abweichungen von diesem Durchschnittswert. Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten gibt das Produkt an, das entstehen würde, wenn der Staat nicht durch Erhebung von indirekten Steuern und Verteilung von Subventionen in den Markt eingreifen würde. Welche Bedeutung diese Maßnahmen haben, wird sichtbar, wenn man für 1970 berechnet, daß in Schleswig-Holstein das BIP zu Faktorkosten nur 88 % des BIP zu Marktpreisen ausmacht. Dabei ist die Einflußnahme des Staates bei den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich.

Eheschließungen und Ehelösungen

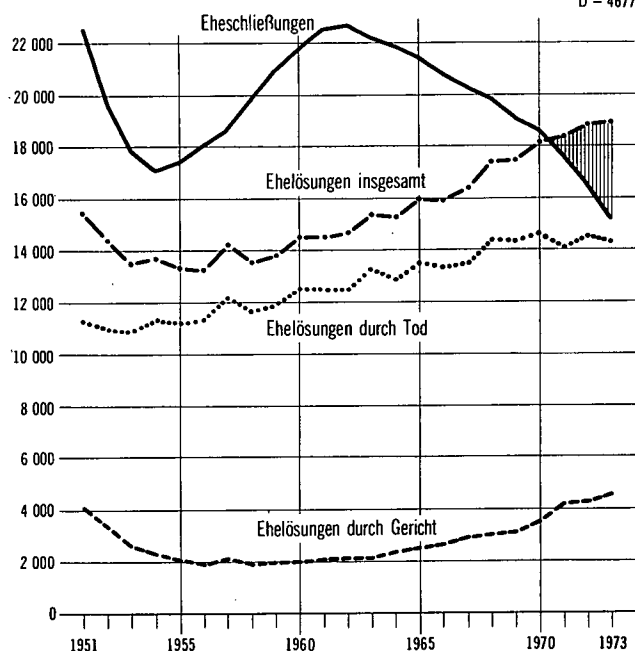
Geburtenrückgang und Sterbeüberschuß finden zur Zeit ein reges Interesse in der Öffentlichkeit. Daß der Bestand an Ehen durch das Ansteigen der Ehelösungen bei gleichzeitigem Rückgang der Eheschließungen sich nur durch Zuwanderung von Ehepaaren auf annähernd gleicher Höhe hält, wird kaum erwähnt.

Eheschließungen und Ehelösungen hängen stark vom Altersaufbau der Bevölkerung ab. Was die Eheschließungen angeht, braucht diese Feststellung nicht näher erläutert zu werden. Bei den Ehelösungen erklärt sich dieser Zusammenhang durch den hohen Anteil der Ehen, die durch den Tod eines Ehepartners enden. Bild 1 zeigt, wie sehr gerade die Zahl der Eheschließungen im Zeitablauf schwankt. Die Kurve durchläuft 1954 ein tiefes Wellental, erreicht 1962 den höchsten Punkt; und von dort an fällt sie ohne Unterlaß. Die Kurve der Ehelösungen durch Tod eines Ehepartners steigt seit mehr als 20 Jahren fast ununterbrochen an. Hierin spiegelt sich wider, daß der Anteil der Alten von Jahr zu Jahr wächst. Der Anteil der über 65 Jahre Alten stieg von 1951 bis 1973 von 10,4% auf 15,1%. Aber auch die Ehelösungen, die auf gerichtliche Urteile zurückgehen, nehmen seit Anfang der sechziger Jahre wieder zu und tragen somit zu dem heutigen Überwiegen der Ehelösungen über die Eheschließungen bei.

Bild 1

Eheschließungen und Ehelösungen 1951 bis 1973

D - 4677



An dieser Stelle sind einige Bemerkungen zur Erfassung der Daten und über ihr Verhältnis zur Bevölkerungsfortschreibung angezeigt. Es ist wichtig zu wissen, daß die Eheschließungszahlen sich auf die in unserem Lande eingegangenen Ehen beziehen, ohne Rücksicht darauf, ob beide Ehepartner schleswig-holsteinische Einwohner im Sinne der sich auf den Volkszählungsergebnissen aufbauenden amtlichen Bevölkerungsfortschreibung sind. Es sind sogar Fälle denkbar, in denen beide Verlobten nicht zur einheimischen Wohnbevölkerung zählen. Durch Informationsaustausch zwischen den Statistischen Landesämtern ist sichergestellt, daß die Bevölkerung nach dem Familienstand in diesen Fällen korrekt fortgeschrieben wird.

Eine entsprechende Einschränkung gilt für die gerichtlichen Ehelösungen. Auch die hierüber vorliegenden Tabellen sagen nicht, wie viele Geschiedene Schleswig-Holsteiner sind. Diese Angabe läßt sich nicht einmal dem ausgefüllten statistischen Zählblatt entnehmen. Bei der Fortschreibung der Bevölkerung wird unterstellt, daß beide Partner der Bevölkerung des Landes zugehören, in der der Prozeß stattfindet.

Bei den Ehelösungen durch Tod verhält es sich ähnlich. Hier mag der eine Ehepartner in Schleswig-Holstein, der andere außerhalb zur Wohnbevölkerung zählen. Stirbt einer der beiden, wird in dem Bundesland, in dem der Verstorbene zur Wohnbevölkerung zählte, ein Verheirateter ersatzlos in der Fortschreibung gelöscht und eine Person des anderen Geschlechts in der Fortschreibung nicht mehr als verheiratet, sondern als verwitwet geführt. Man unterstellt dabei, daß der überlebende Partner im gleichen Lande zur Wohnbevölkerung rechnet, was bei den älteren Mitbürgern auch zumeist der Fall ist.

Diese Bemerkungen sind wichtig für das Abschätzen der Genauigkeit von Verhältnis-ziffern. Sie wird verbessert, wenn die Verhältnis-zahlen für Frauen berechnet werden, die nicht so mobil wie die Männer sind und damit auch nicht so häufig Zweitwohnungen besitzen, und an deren bisheriger Wohnung der Tradition folgend auch zumeist die Heirat stattfindet. Abschließend sei noch bemerkt, daß die Zahl der bestehenden Ehen nicht fortgeschrieben wird.

In diesem Aufsatz wird im folgenden nur noch auf die Eheschließungen und gerichtlichen Ehelösungen eingegangen.

Die Eheschließungen

Wie schon gesagt, erreichten die Eheschließungen 1961/1962 ihren letzten Höchststand. Von 1961, das wegen der damaligen Volkszählung und der somit besonders verlässlichen Bestandszahlen als Vergleichsbasis gewählt werden soll, auf 1973 ist die Zahl der eingegangenen Ehen von 22 500 auf 15 200 gesunken. Die grobe, auf 1 000 Einwohner berechnete Heiratsquote fiel von 9,7 auf 5,9 Heiratsfälle.

Wie angedeutet, liegt das vor allem an dem sich jährlich wandelnden Altersaufbau unserer Bevölkerung. Bild 2 zeigt denjenigen vom 6. 6. 1961, dem Volkszählungstag, und von Ende 1973. Ganz deutlich zu erkennen ist die im Vergleich zu 1961 geringe Besetzung in dem Altersbereich um das zwanzigste Lebensjahr. Wenn man bedenkt, daß mehr als vier Fünftel aller aus dem Ledigenstand heiratenden Frauen noch keine 25 Jahre alt sind, wird klar, wo der Ursprung des Heiratsrückgangs zu suchen ist. Man vergleiche diesen Altersbereich mit den heute so stark besetzten Jahrgängen zwischen 30 und

40 Jahren, aus denen Anfang der sechziger Jahre die starken Eheschließungszahlen resultierten. Anhand einer Modellrechnung lassen sich die Auswirkungen der geänderten Altersverteilung abschätzen. Hätte die heutige Bevölkerung den Altersaufbau, wie er zur Zeit der Volkszählung von 1961 bestand, so hätten 1973 bei den heutigen alters- und familienstandsspezifischen Heiratsziffern statt der 12 300 ledigen Frauen 21 000 geheiratet, statt der 400 Witwen 800. Lediglich bei den Geschiedenen hätte sich ein Rückgang von 2 400 auf 2 000 eingestellt.

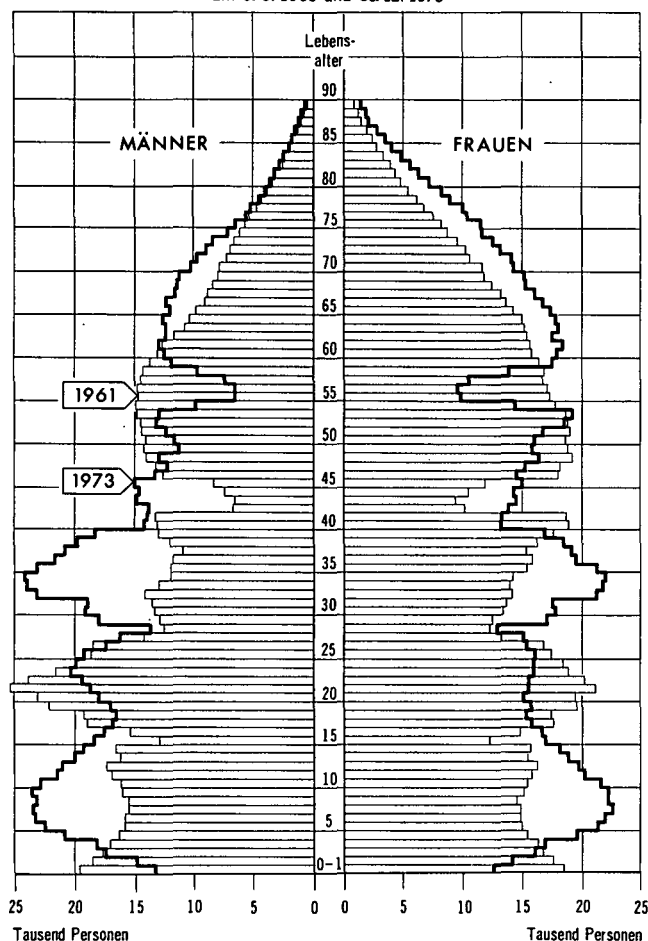
Die Heiratshäufigkeit der aus dem Ledigenstand heiratenden Frauen hat sich freilich gegenüber 1961 verringert. Bei der Berechnung der dieser Feststellung zugrunde liegenden Häufigkeitsziffern wurden die Altersjahrgänge aus der Rechnung ausgenommen, die gar nicht heiraten oder aus denen nur noch selten jemand sich zur Heirat entschließt. Einbezogen wurden für jeden Familienstand die Frauenjahrgänge, die 1973 rund 90% aller Heiratenden jeder Gruppe stellten. Während die so ermittelte Heiratshäufigkeit der 20- bis 64jährigen Witwen gleich blieb und die der 20- bis 49jährigen Geschiedenen sogar von 83 auf 115 je 1 000 Frauen stieg, fiel sie für die 15- bis 29jährigen Ledigen von 131 auf 103 und damit für alle in die Rechnung einbezogenen Frauen von 84 auf 70. Nicht der gesamte Rückgang der Eheschließungszahlen ist daher dem geänderten Altersaufbau anzulasten. Heute wird zwar früher als vor 12 Jahren geheiratet, die Heiratsziffern der Ledigen jenseits des zwanzigsten Lebensjahres liegen zum Teil aber deutlich unter denen von 1961.

Bild 2

Der Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins

am 6. 6. 1961 und 31. 12. 1973

D - 4678



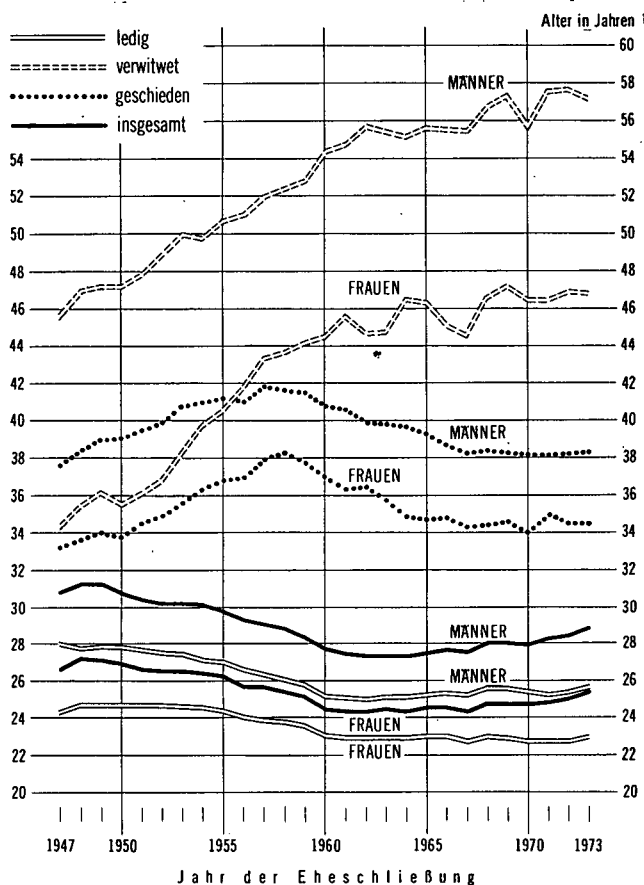
Das Alter der Eheschließenden

Das durchschnittliche Heiratsalter, das kurz nach dem Krieg für die Männer bei 31 und für die Frauen bei 27 Jahren lag und in den Jahren bis 1960 kräftig gefallen war, dann einige Jahre sich nicht änderte, steigt seit 1968 wieder an. Zur Zeit heiratet ein Mann im Durchschnitt mit 29 Jahren und eine Frau mit 25 Jahren. 1973

Weitaus die meisten Brautleute treten als Ledige vor den Standesbeamten, 1968 waren es noch 87%, 1971 zwischen 84% und 85%, 1973 dagegen bei beiden Geschlechtern nur noch wenig über 81%. Das durchschnittliche Heiratsalter der Ledigen ist seit Ende der vierziger Jahre bis 1960 von 28 Jahren bei den Männern und 24 Jahren bei den Frauen auf 25 und 23 Jahre gesunken. Seit 1960 hält es sich ziemlich konstant, scheint aber seit 1973 wieder langsam anzusteigen.

Durchschnittliches Heiratsalter nach dem Familienstand vor der Eheschließung

D - 4679



Auf Änderungen des Heiratsalters der vordem Ledigen ist das seit 1968 zu beobachtende Ansteigen des Durchschnittsalters der Eheschließenden also nur zum Teil zurückzuführen. Auch aus dem durchschnittlichen Heiratsalter der Verwitweten und Geschiedenen kann es nicht befriedigend erklärt werden. Es hat sich ebenfalls nur wenig verändert. Der eigentliche Grund ist vielmehr der eben erwähnte Rückgang des Anteils der aus dem Ledigenstand Heiratenden und die anteilige Zunahme der bereits einmal verheiratet gewesenen Brautleute. Der Anteil der Geschiedenen unter den Eheschließenden stieg seit 1968 bei den Frauen von 11% auf 16%, bei den Männern von 10% auf 14%, der Anteil der Witwen um 0,5 Punkte auf 2,8% und der Witwer um 0,7 Punkte auf 4,3%. Eine geschiedene Frau heiratet heute im Durchschnitt mit 34 1/2 Jahren wieder, ein geschiedener Mann mit 38 Jahren, 12 bis 13 Jahre später als Ledige. Die Witwen, die zur Zeit im Durchschnitt mit 47 Jahren heiraten, sind 24 Jahre älter als bislang Ledige, Witwer, die im Durchschnitt erst mit 57 Jahren wieder heiraten, gar 32 Jahre. Das höhere Durchschnittsalter der aus dem Geschiedenen- und aus dem Verwitwetenstand Heiratenden

konnte damit den sich für alle Hochzeiter ergebenden Durchschnitt anheben.

Auf die Gründe für den Anstieg des für die Witwen und Witwer ermittelten durchschnittlichen Heiratsalters und für den an- und abfallenden Verlauf der Kurven, die das Wiederverheiratsalter der Geschiedenen wiedergeben, war bereits in einem früheren Aufsatz eingegangen worden¹. Die Bereitschaft, erneut eine Ehe einzugehen, ist, wie die jüngste Zahlenentwicklung zeigt, bei den älteren Witwern nochmals gestiegen. Daß die Kriegsfolgen sich in den fünfziger Jahren in dem niedrigen Durchschnittsalter der eine neue Ehe eingehenden Witwen niederschlugen, ist offenkundig. Der Anstieg des Wiederverheiratsalters der Geschiedenen bis 1958 hängt ebenfalls mit den Auswirkungen des letzten Krieges zusammen. Die kurz nach Kriegsende geschiedenen Frauen waren im Schnitt weniger als 35 Jahre alt. 1950 bis 1955 kletterte dies Alter bis auf 37 Jahre, bis heute ging es dann nach und nach wieder auf 33 Jahre zurück. Da nur ein Teil der Geschiedenen unmittelbar nach der Scheidung erneut heiraten, folgt die altersbezogene Wiederverheiratskurve dieser Entwicklung mit einer kleinen Zeitverschiebung.

1973 heirateten 15 200 Paare. 12 300 weibliche und 12 400 männliche Hochzeiter waren vor der Trauung ledig, von den restlichen 2 800 Männern und 2 900 Frauen die meisten geschieden. Es heiraten im Schnitt immer eineinhalbmal so viele Witwer wie Witwen, obwohl es erheblich mehr verwitwete Frauen als Männer gibt. Der absolute Unterschied ist mit zur Zeit rund 200 Personen allerdings nur gering, das sollte dabei beachtet werden. Ende 1973 erfaßte die Fortschreibung 201 000 Witwen und nur 36 000 Witwer. Während von 1 000 Witwern demnach 18 wieder heirateten, taten dies von 1 000 Witwen nur 2.

Zwischen der reinen Zahl der wieder eine Ehe beginnenden geschiedenen Männer und Frauen gibt es ebenfalls keine großen Unterschiede. Diese zeigen sich erst, wenn die Gesamtmengen betrachtet werden, denen diese Teilmengen entstammen. Ende 1973 gab es 41 000 geschiedene Frauen und nur 25 000 geschiedene Männer. Daraus folgt, daß die Wiederverheiratziffer bei den Männern mit 92 je 1 000 Geschiedenen deutlich über der Ziffer der geschiedenen Frauen liegt, von denen nur 61 je 1 000 wieder heirateten.

Es versteht sich bei dem hohen Anteil der aus dem Ledigenstand Heiratenden und dem niedrigen Heiratsalter dieser Personen, daß

1) "Natürliche Bevölkerungsbewegung 1965 bis 1967" in dieser Zeitschrift 1968, S. 239 ff. (November)

Eheschließende 1973 nach dem bisherigen Familienstand

	Frau			
Mann	ledig	verwitwet	geschieden	Insgesamt
ledig	11 177	109	1 096	12 382
verwitwet	209	177	263	649
geschieden	957	141	1 065	2 163
Insgesamt	12 343	427	2 424	15 194

die meisten Ehen zwischen Ledigen geschlossen werden: von 100 Paaren im letzten Jahr 74. 177mal wurde eine Witwe einem Witwer angetraut und 1 065mal eine Geschiedene einem Geschiedenen. Die übrigen 2 775 Trauungen, immerhin 18%, verbanden Verlobte unterschiedlichen Familienstandes.

Um weitere Unterschiede zwischen den Heiratsgewohnheiten der beiden Geschlechter aufzuzeigen, die sich aus dem bisherigen Familienstand ablesen lassen, und um gleichzeitig zufällige Abweichungen auszuschalten, werden für den folgenden Vergleich die Zahlen von fünf Jahren, nämlich von 1969 bis 1973 zugrunde gelegt. Dabei ergibt sich, daß sowohl ledige Männer wie auch ledige Frauen in 9 von 10 Fällen einen Partner gleichen Familienstandes ehelichen. Auch bei den Geschiedenen ergeben sich keine merklichen Unterschiede für beide Geschlechter: 45% der geschiedenen Männer nahmen eine Geschiedene zur Frau, 40% der geschiedenen Frauen einen Geschiedenen zum Mann. Ganz

anders sieht es bei den Verwitweten aus: Von den Witwern wählten sich nur 29% eine Witwe, während 44% aller wieder heiratenden Witwen sich mit einem Witwer verbanden. Die mit dem Alter steigende Neigung der Männer, eine jüngere Frau zu nehmen, wirkt sich hier aus. Darauf wird im folgenden noch eingegangen. Ein Drittel der wieder heiratenden Witwer nehmen sich eine Ledige zur Frau, vier Zehntel eine Geschiedene.

Je älter der Mensch ist, um so weniger ist er geneigt, erstmals oder zum wiederholten Male zu heiraten. Dies läßt sich an den folgenden Grafiken ablesen, die für jedes Alter zwischen 15 und 55 Jahren den Anteil der Ledigen, Verwitweten und Geschiedenen zeigen, die 1973 eine Ehe eingegangen sind. Den Ausschlägen der einzelnen Kurven sollte man nicht zuviel Beachtung schenken; meistens gehen sie auf geringe Besetzungszahlen zurück. Die Kurven, die die Heiratshäufigkeit der Verwitweten wiedergeben, verlaufen besonders unausgeglichen, da 1973 nur 427 Witwen und 649 Witwer heirateten.

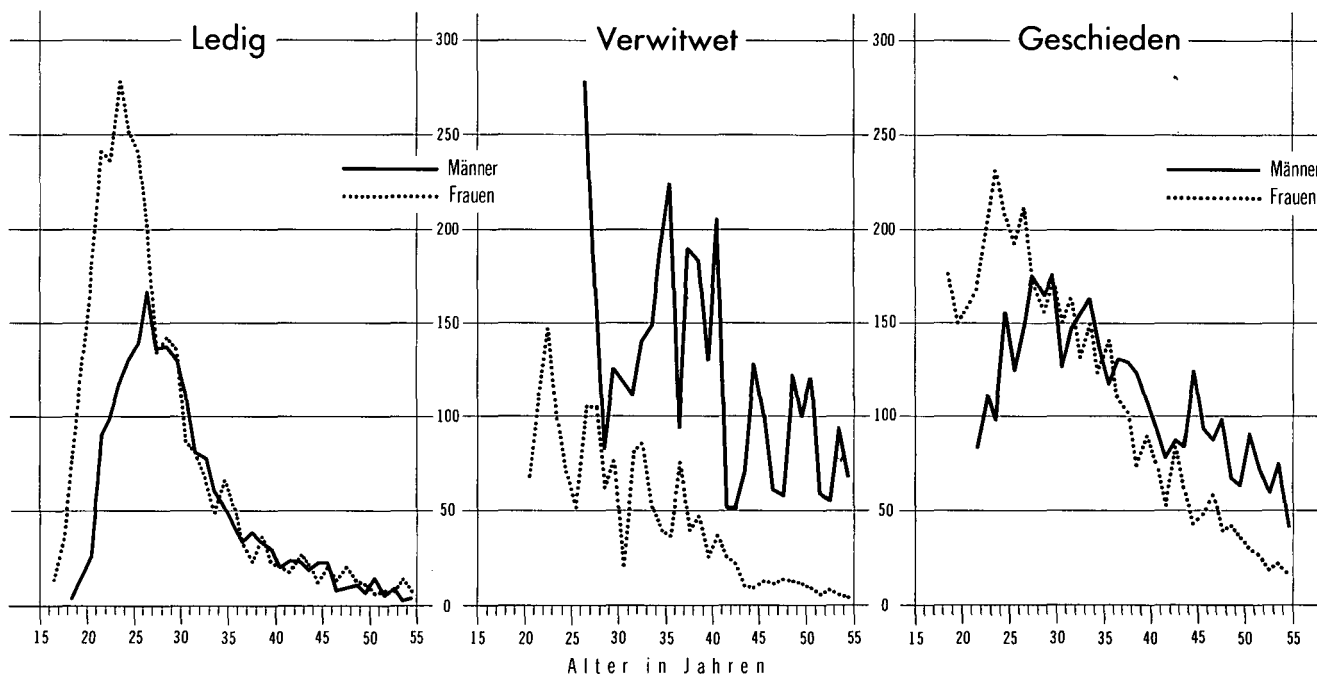
Alle sechs Kurven sind linkssteil. Mit anderen Worten: Die höchsten Heiratshäufigkeiten ergeben sich für die jüngeren Jahrgänge. Das gilt für die Frauen mehr noch als für die Männer. Im Durchschnitt treten Frauen eher als Männer vor den Standesbeamten, ganz gleich, ob als Ledige, Verwitwete oder Geschiedene. Bild 3 gab darüber schon Auskunft.

Bild 4

Heiratende 1973 nach dem bisherigen Familienstand

D - 4680

je 1000 der Bevölkerung des betreffenden Familienstandes und Alters (spezifische Heiratsziffern)



Das linke Teilbild zeigt, wie vorsichtig Häufigkeitskurven gelesen werden müssen. Bis zum Alter von 26 Jahren liegt die Kurve der Frauen weit über der der Männer. Man darf aber damit nicht die Vorstellung verbinden, es seien um so viel mehr Frauen, die in diesen Altersstufen heiraten. Es handelt sich vielmehr um die Heiratenden je 1 000 Ledige; diese Beziehungszahl kann auch dadurch wachsen, daß die Bezugsgröße sinkt, also die Zahl der Ledigen. Dies ist hier der Fall: weil die Frauen schon so früh und zahlreich aus dem Ledigenstand heraus heiraten, sinkt die Zahl der verbleibenden ledigen Frauen rasch ab. Zwar sind es bis zu 26 Jahren von jeweils 1 000 Ledigen mehr Frauen als Männer, die heiraten, aber nach der absoluten Anzahl überwiegen schon ab 22 Jahren die heiratenden ledigen Männer. Aus dem Kreis der 24jährigen Ledigen entschlossen sich z. B. 1 400 Männer, aber nur 700 Frauen zur Ehe. Jenseits des 27. Lebensjahres ergibt die sinkende Zahl der eheschließenden Frauen, bezogen auf den gleichfalls niedrigen Bestand an ledigen Frauen, ungefähr gleich hohe Heiratshäufigkeiten wie für die Männer. Die im linken Abschnitt des Bildes gezeigten Zusammenhänge stellen sich in Schleswig-Holstein auch nicht anders dar als etwa für die Bundesrepublik als Ganzes. Die Häufigkeitskurven der in Westdeutschland lebenden ledigen Deutschen zeigen alles in allem den gleichen Verlauf.

Die Heiratskurven zeigen aber eines nicht: daß mehr Frauen als Männer ledig bleiben, obwohl stets mehr Jungen als Mädchen geboren werden. Dies hängt damit zusammen, daß die Männer durchweg Frauen heiraten, die jünger als sie sind. Das bedeutet, daß die Zahl der Frauen, die für eine Ehe in Frage kommen, immer größer ist als die entsprechende Zahl der Männer².

Daß die Kurve mit den altersbezogenen Heiratshäufigkeiten der Witwer höher liegt als die der Witwen, war nach den großen Unterschieden in der rohen Heiratsziffer zu erwarten. Auch von 1 000 geschiedenen Männern heiraten erheblich mehr als von 1 000 geschiedenen Frauen. Daß in den mittleren und höheren Altersjahren die Heiratsziffern der geschiedenen Männer so klar die der Frauen übersteigen liegt daran, daß bei fast gleichen Heiratszahlen für die einzelnen Altersjahre sich der linkssteile, mehr nach den jüngeren Jahrgängen ausgerichtete Altersaufbau der geschiedenen Männer auswirkt. Im Gegensatz dazu zeigt

die Altersgliederung der geschiedenen Frauen einen glockenförmigen, fast säulenförmigen Aufbau.

Ein Mann heiratet zur Zeit im Durchschnitt 3 1/2 Jahre später als eine Frau. Für 1973 läßt sich kein männlicher Altersjahrgang feststellen, der insgesamt gesehen ältere Frauen vorgezogen hat. Je älter der Mann, um so größer ist die Altersdifferenz. Ein 25jähriger nahm 1973 in der Regel eine 3 Jahre Jüngere zur Frau, ein 35jähriger eine 5 Jahre, ein 50jähriger eine 7 Jahre und ein 55jähriger sogar eine 9 Jahre Jüngere.

Eheschließende Männer ausgewählter Altersjahre und ihre Ehefrauen 1973 nach dem Alter

Ausgewählte Heiratsalter in Jahren		Mann ... Jahre älter als die Frau	Zahl der Eheschließungen
des Mannes ¹	der Frau (Durchschnitt)		
18,5	18,3	0,2	50
20,5	19,6	0,9	448
22,5	20,9	1,6	1 546
24,5	21,9	2,6	1 470
26,5	23,4	3,1	1 068
28,5	25,0	3,5	616
30,5	26,0	4,5	481
35,5	30,3	5,2	212
40,5	35,2	5,3	77
45,5	38,0	7,5	66
50,5	43,5	7,0	61
55,5	46,2	9,3	27

1) Klassenmitteln der Altersgruppen "18 bis unter 19 Jahren" usw.

Die Religion der Eheschließenden

Daß die Religion heutzutage bei der Partnerwahl nur eine geringe Bedeutung hat, bedarf keiner weiteren Diskussion und wurde bereits in dem zitierten Aufsatz über die natürliche Bevölkerungsbewegung 1965 bis 1967 nachgewiesen. Nur 16% der Männer und 19% der Frauen römisch-katholischen Bekenntnisses heirateten einen Partner, der der gleichen Kirche angehörte. Bei den Evangelischen liegen die Prozentsätze natürlich bedeutend höher. Es ist schließlich schwer für einen schleswig-holsteinischen Protestanten, nicht auf einen Partner der gleichen Konfession zu treffen. Von 100 evangelischen Männern heirateten 91 eine evangelische Frau, von 100 evangelischen Frauen 84 einen Gefährten gleicher Kirchenzugehörigkeit.

Ehen nach der Staatsangehörigkeit

Ehen von Deutschen mit Ausländern und von Ausländern unter sich sind nach wie vor recht selten. Schließlich lebten Ende September 1973 nur 73 000 Ausländer in Schleswig-Holstein, rund 3% der Bevölkerung; die Ausländerinnen machen ungefähr 2% der

2) "Eheschließungen nach dem Zweiten Weltkrieg" in Wirtschaft und Statistik, 1971, Seite 617 (Oktober)

weiblichen Einwohnerschaft aus, die ausländischen Männer 3,5% der männlichen. Im Verhältnis dazu fallen die Ehen von 346 Ausländerinnen und 323 Ausländern zahlenmäßig nicht aus dem Rahmen. Bei diesen kleinen Zahlen wäre es müßig, differenziertere alters- und familienstandsspezifische Heiratsziffern aufzustellen und mögliche Unterschiede zwischen der Heiratshäufigkeit der einheimischen und fremdländischen Bevölkerung unseres Landes abzuleiten. Eine so mobile Bevölkerung wie die überwiegend aus Gastarbeitern und ihren Familien bestehende Ausländerbevölkerung Schleswig-Holsteins folgt in ihrem Heiratsverhalten während ihres Aufenthalts bei uns besonderen Regeln. Immerhin läßt sich für die 15- bis 65jährigen Ausländerinnen eine Heiratsquote berechnen, die ein Siebentel niedriger liegt als für sämtliche in Schleswig-Holstein lebende Frauen dieses Alters. Die Quote der 15- bis 65jährigen ausländischen Männer ist dagegen um mehr als ein Drittel geringer als die aller Männer.

Die hier heiratenden Ausländer wählen sich in 4 von 5 Fällen einen deutschen Partner. Heiraten sie keinen Deutschen, so wählen sie fast immer einen Landsmann oder eine Landsmännin. Es handelt sich dann aber meistens um Gäste aus den Anwerbeländern: Unter den 56 ausländischen Paaren mit gleicher Staatsangehörigkeit von Braut und Bräutigam waren allein 25 griechische Paare. Von der weitaus am häufigsten vertretenen ausländischen Nation, den Türken, heirateten jedoch nur 7 Männer und 8 Frauen,

und nicht in einem einzigen Falle gingen sie untereinander eine Verbindung ein. Die Türken heiraten, sei es aus religiösen oder aus traditionellen Gründen, fast ausschließlich in ihrer Heimat. Das lassen die für das Bundesgebiet errechneten Fälle erkennen, nach denen 1971 von 1 000 Türken in der Bundesrepublik zwei und von 1 000 Türkinnen in der Bundesrepublik drei heirateten³.

Bei den meisten Ehen zwischen Deutschen und Ausländern handelt es sich um rein europäische Verbindungen. Das gilt für die deutschen Männer in stärkerem Maße als für die Frauen. Außer den Ehen mit Partnern aus den Anwerbeländern Jugoslawien, Italien, Spanien, Türkei, Griechenland und Portugal (das ist die Reihenfolge nach der Häufigkeit solcher Ehen) werden häufig Verbindungen mit Partnern aus Skandinavien, Österreich, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz eingegangen. Nicht zu übersehen ist die Vorliebe schleswig-holsteinischer Männer für Skandinavierinnen. Es handelt sich dabei aber nicht, wie man vielleicht vorschnell vermuten könnte, überwiegend um Schwedinnen, sondern um Däninnen. Die nahe Grenze und der nicht geringe Teil der in Schleswig-Holstein wohnenden und arbeitenden Dänen wirken sich hier aus. An zweiter Stelle folgen die finnischen Bräute, während nur 6 Schwedinnen hier im Lande einen Deutschen heirateten. Die deutschen Frauen gingen am häufigsten mit Österreichern eine Ehe ein⁴.

Eheschließende Ausländer nach der Staatsangehörigkeit 1973

Staats- angehörigkeit	Eheschließende Ausländer insgesamt		darunter mit einem Partner ... Staatsangehörigkeit		
	Männer	Frauen	deutscher	gleicher (Männer = Frauen)	
Anwerbeländer	108	115	56	63	49
Griechenland	27	36	2	9	25
Italien	24	3	19	—	3
Jugoslawien	28	46	18	36	10
Portugal	—	3	—	3	—
Spanien	22	19	10	8	11
Türkei	7	8	7	7	—
Übriges Europa	115	166	109	159	4
Frankreich	14	14	14	14	—
Großbritannien	14	18	14	18	—
Niederlande	15	6	15	6	—
Österreich	34	28	32	27	1
Schweiz	9	12	8	12	—
Skandinavien	18	74	15	68	3
USA	17	9	17	9	—
Staatenlos	31	21	31	21	—
Übrige Staaten	52	35	47	31	3
Insgesamt	323	346	260	283	56

Eheschließungen und voreheliche Kinder

468 oder 3% aller 1973 heiratenden Paare brachten gemeinsame Kinder mit in die Ehe. In vier von zehn Fällen war die Mutter bei der Hochzeit nicht älter als 20 Jahre. 404 Ehepaare hatten ein gemeinsames voreheliches Kind, 52 besaßen zwei und 12 drei und mehr Kinder.

Die Ehescheidungen

Das geplante neue Scheidungsrecht und das seit einigen Jahren zu beobachtende Ansteigen der Scheidungen haben wieder auf die gerichtlich gelösten Ehen aufmerksam gemacht. Den eigentlichen Ursachen der zunehmenden Scheidungszahlen kann hier nicht nachgegangen werden. Was sind dann die den Gerichten

3) "Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern 1971" in Wirtschaft und Statistik, 1973, S. 406 ff. (Juli)

4) Vergleiche "Altersaufbau, Eheschließungen und Geborene der Ausländer in Schleswig-Holstein" in dieser Zeitschrift, 1973, S. 30 ff. (Februar)

vorgetragenen Gründe, nach denen sie die Ehen scheiden? Das Ehegesetz sieht in seinen §§ 42 bis 48 eine Reihe von Gründen vor, die eine Scheidung der Ehe rechtfertigen und die teils die Zerrüttung der Ehe allein oder zusammen mit dem Verschulden eines Partners voraussetzen. Ein Blick auf die Urteilspraxis freilich zeigt, daß nur zwei Paragraphen des Ehegesetzes erwähnt werden müssen, die §§ 43 und 48. Allein über 4 400 der 4 570 geschiedenen Ehen wurden nach § 43 EheG wegen einer ehezerrüttenden schweren Eheverfehlung oder eines ehezerrüttenden ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens eines oder beider Partner gelöst. Darunter läßt sich nun vieles fassen, etwa die Verweigerung, Schuldenmachen, Sittlichkeitsdelikte, Mißhandlungen, Trunksucht. Der Ehebruch nach § 42 kommt sicher häufiger vor als die elfmal, wo seinetwegen die Ehen gelöst wurden. 96 Ehen wurden aufgrund des § 48 wegen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft geschieden. Die vor Gericht in den Klagen und Anträgen vorgebrachten Gründe sind, darüber gibt es keinen Zweifel, auf das reibungslose Erreichen des Prozeßziels abgestellt. Die von den Parteien vorgebrachten Scheidungsgründe sagen also wenig aus.

Es überrascht nicht, die Männer weitaus häufiger schuldig gesprochen zu sehen als ihre Frauen. In der Hälfte aller Scheidungen war die Frau dem Urteil nach der nicht schuldige Teil. Männer wurden in noch nicht 600 Fällen für schuldlos erkannt. Die 96 Scheidungen nach § 48 sind dabei nicht mitgerechnet worden.

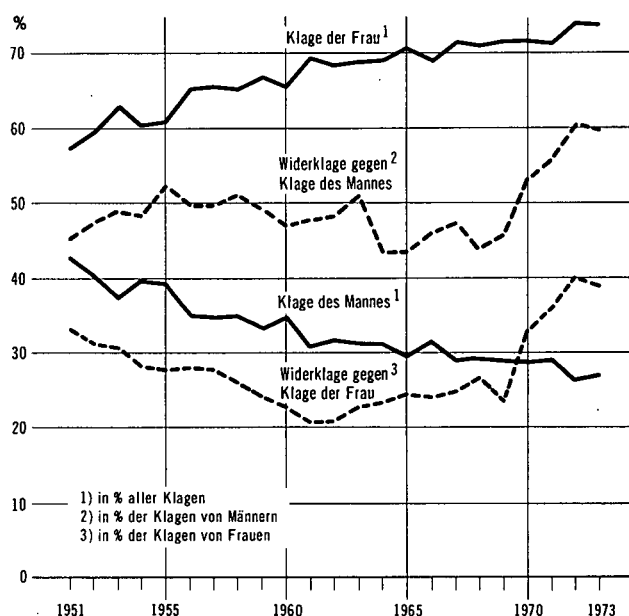
Die Klagen, Kläger und Beklagten

Frauen klagen, den eben geschilderten Ausgängen der Scheidungsbegehren entsprechend, viel häufiger als Männer. In den 1973 rechtskräftig durch Urteil abgeschlossenen 4 570 Scheidungsprozessen traten die Frauen in drei von vier Fällen als Kläger auf und in sechs Zehntel aller von ihren Männern angestregten Prozessen erhoben sie Widerklage. Bild 5 zeigt, wie der Anteil der Klagen, die von Frauen eingereicht werden, von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Bemerkenswert ist der Verlauf der Kurven, die zeigen, in wieviel Prozent der Klagen Widerklage erhoben wurde. Die Kurven für Widerkläger und Widerklägerinnen ähneln sich stark, vor allem was die letzten Jahre angeht. Die Neigung, auf eine Klage des Ehepartners Widerklage zu erheben, ist sprunghaft gestiegen. Zur Zeit legen Männer in vier von zehn Fällen Widerklage ein, Frauen, wie gesagt, in sechs von zehn Fällen.

Bild 5

Ehescheidungsklagen und -widerklagen 1951 bis 1973

D - 4681



Von 4 622 im Jahre 1973 behandelten Ehelösungsklagen⁵ wurden 48, also genau 1%, abgewiesen. Dieser Anteil hat sich, beginnend mit den sechziger Jahren, laufend verringert. 1957 wurden noch 7% aller Ehelösungsklagen abgewiesen. Da die Klagen früher von den Rechtsbeiständen sicher genauso gut vorbereitet wurden wie heute, lassen sich daraus Schlüsse auf eine gewandelte Rechtssprechungspraxis ziehen.

Ehescheidungshäufigkeit im nationalen und internationalen Vergleich

Auf 1 000 Einwohner Schleswig-Holsteins kamen 1973 1,8 Scheidungen, bei einem Bundesdurchschnitt von 1,5. Schleswig-Holstein führt damit den Reigen der Flächenländer an. Nur in den drei Stadtstaaten werden mehr Ehen je Einwohner geschieden, am meisten in Berlin und Hamburg mit 3,2 je 1 000 Bürger.

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Männer und Frauen römisch-katholischen Bekenntnisses lassen sich nicht so häufig scheiden wie ihre evangelischen Mitbürger. Von den 1973 in der Bundesrepublik geschiedenen Frauen zum Beispiel waren nur 36% katholisch, aber 56% evangelisch. Bei der Volkszählung 1970 wurden für die Bundesrepublik 45% Katholiken und 49% Evangelische, unter 100 geschiedenen Einwohnern aber 33 Katholiken und 56 Evangelische festgestellt

⁵) einschließlich Eheaufhebungs- und Nichtigkeitseklagen

Internationale Vergleiche auf dem Gebiet der Ehescheidungen anzustellen, ist ein gewagtes Unterfangen. Mit allergrößten Vorbehalten sollen hier dennoch einige Zahlen genannt werden, um zumindest eine gewisse Vorstellung über die Scheidungspraktiken anderer Länder zu vermitteln. Die Vereinten Nationen veröffentlichen im Demographic Yearbook regelmäßig Zahlen über Ehescheidungen. Manche Zahlen sind als unvollständig oder als nicht zuverlässig gekennzeichnet, für die USA liegen nur geschätzte Zahlen vor und in manchem Staat, etwa Spanien oder bis vor kurzem in Italien, für den keine Scheidung nach bürgerlichem Recht zulässig ist oder war, liegen überhaupt keine Zahlen vor. Soviel läßt sich freilich sagen: die Bundesrepublik hält sich, was die Scheidungshäufigkeit angeht, durchaus im Rahmen der in Europa üblichen Sätze. Sie liegt 1972 mit 1,4 Scheidungen je 1 000 Einwohner beträchtlich unter der für die USA angegebenen Ziffer von 4,0. Für die UdSSR wird ein Wert von 2,6 genannt.

Scheidungsziiffern im In- und Ausland
je 1 000 Einwohner

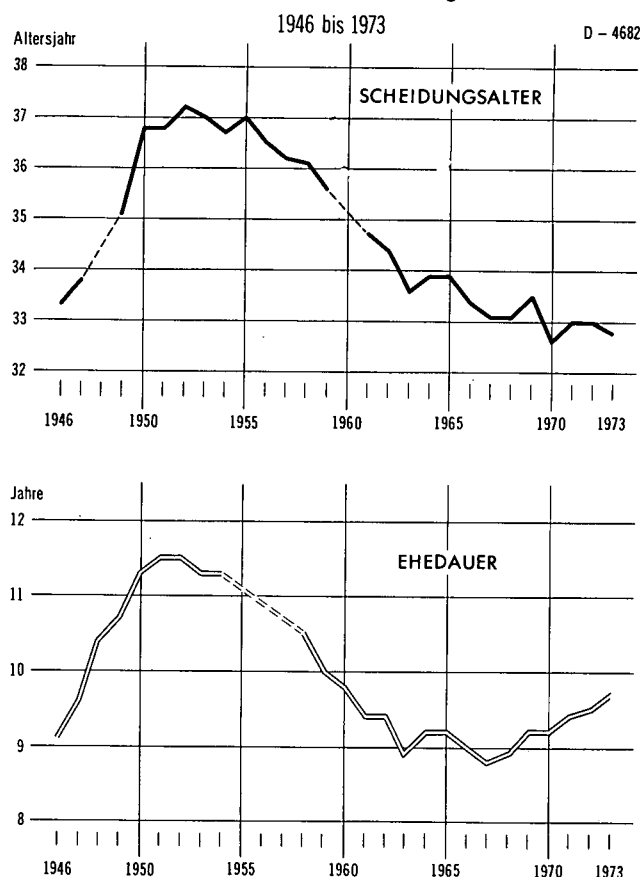
Staat	Jahr	Scheidungsziiffer
Bundesrepublik	1972	1,40
Belgien	1972	p 0,82
Bulgarien	1971	1,11
Dänemark	1970	1,93
Finnland	1971	p 1,47
Frankreich	1971	p 0,93
DDR	1972	p 1,90
Griechenland	1971	0,42
Niederlande	1971	0,88
Norwegen	1971	0,96
Polen	1972	p 1,16
Rumänien	1971	0,47
Schweden	1972	p 1,88
Schweiz	1970	1,04
England und Wales	1971	p 1,50
Schottland	1971	0,92
Jugoslawien	1972	p 1,06
Österreich	1972	p 1,33
UdSSR	1972	p 2,64
Kanada	1971	1,37
USA	1972	s 4,03

Das Alter der Geschiedenen und die Ehedauer

Das Scheidungsalter war kurz nach dem Kriege recht niedrig, bis Mitte der fünfziger Jahre stieg es auf 37 Jahre an und dann fiel es fast gleichmäßig bis auf 33 Jahre zurück. Der Einfluß des Krieges auf die Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren ist offenkundig. In den Jahren nach 1950 wirkten sich das sinkende Heiratsalter der Ledigen und die bis Ende der sechziger Jahre sich verkürzende durchschnittliche Dauer der geschiedenen Ehen auf das Scheidungsalter aus. Seit 1968 steigt

Bild 6

Scheidungsalter der Frauen und Dauer der geschiedenen Ehen



diese Ehedauer wieder an, und heute haben die geschiedenen Ehen im Durchschnitt 9,7 Jahre lang bestanden.

Ihrem höheren Heiratsalter entsprechend sind die Männer auch bei der Scheidung im Durchschnitt älter. Während die 1973 geschiedenen Frauen durchschnittlich 32,8 Jahre alt waren, waren die Männer fast 3 Jahre älter, nämlich 35,6 Jahre. Eine weitere, fast zwangsweise Übereinstimmung mit den Heiraten zeigt sich: Je älter die Männer bei der Scheidung, desto größer der Altersunterschied zu den von ihnen geschiedenen Frauen.

Werden die Ehen in Schleswig-Holstein nun nach einer besonders kurzen oder langen Ehedauer geschieden? Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, daß keines von beidem zutrifft. Für diesen Vergleich ist der Zentralwert oder Median herangezogen worden und nicht, wie bei all den anderen Durchschnittsberechnungen in diesem Aufsatz, das arithmetische Mittel. Das arithmetische Mittel ist jenes, das jeder unbewußt bei einer Durchschnittsberechnung anwendet, indem er die addierten Werte durch ihre Anzahl teilt.

Der Median ist dagegen der Wert, der eine statistische Verteilung in zwei gleichgroße Mengen teilt: eine Hälfte der Fälle erreicht ihn nicht, die andere Hälfte übertrifft ihn. Abweichungen zum arithmetischen Mittel sind normal; für Schleswig-Holstein liegt der Median zum Beispiel zwei Jahre niedriger, 1973 statt bei den oben genannten 9,7 Ehejahren bei 7,9 Jahren.

Im letzten für sie vorhandenen Berichtsjahr lassen sich für die innerdeutschen Verhältnisse keine größeren Unterschiede erkennen. 1971 dauerte eine geschiedene Ehe in Schleswig-Holstein durchschnittlich 7,4 Jahre, in der Bundesrepublik 7,9 Jahre und in der Deutschen Demokratischen Republik 7,3 Jahre. Österreich hatte 1967 mit 5,9 Ehejahren einen deutlich niedrigeren Wert; in der Schweiz lag er 1966 bei 9,1 Jahren, also um 2 Jahre höher als 4 Kalenderjahre später in Schleswig-Holstein. In Skandinavien und im übrigen westeuropäischen Ausland währten die 1966 oder 1967 geschiedenen Ehen meist mindestens 9 Jahre. In Osteuropa wurden 1966/67 meist Werte zwischen 7 und 9 Ehe-

jahren erreicht. Erheblich kürzer hielten die Ehen in einigen Überseeländern, in Mexiko 1967 nur 4,7 Jahre, in Japan 1966 gar nur 4,4 Jahre⁶.

Die Kinder

3 012 der 4 570 geschiedenen Paare, also rund zwei Drittel, hatten Kinder unter 21 Jahren. Die kinderlos geschiedenen Ehen dauern im Durchschnitt 2 Jahre kürzer als Ehen mit Kindern. Die Kausalität wirkt freilich wohl oft umgekehrt: Weil noch kein Kind da ist, fällt die Scheidung leichter. Fast die Hälfte der Geschiedenen ohne minderjährige Kinder wurden vor Ablauf des vierten Ehejahres geschieden. Diese Ehen endeten am häufigsten nach 2 Jahren, die Ehen der Paare mit Kindern unter 21 Jahren nach 5 Jahren.

Gustav Thissen

Nähere Angaben siehe Stat. Berichte A II 1 und A II 2

6) Vergleiche Bevölkerung und Kultur, Reihe 11, Bevölkerung des Auslandes, II. Natürliche Bevölkerungsbewegung, 1971

Die Grundzüge der Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik

Seit Anfang 1974 veröffentlicht das Statistische Landesamt monatlich Zahlen zur Umsatzentwicklung im Einzelhandel und im Gastgewerbe Schleswig-Holsteins. Diesen Veröffentlichungen liegen Ergebnisse der Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik zugrunde. Worum es bei diesen Statistiken geht, was sie aussagen, ist Gegenstand des folgenden Beitrags.

Obwohl die Einzelhandels- und die Gastgewerbestatistik, im folgenden auch Umsatzstatistiken genannt, auf verschiedenen Rechtsgrundlagen beruhen - Grundlage der Einzelhandelsstatistik ist das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten, die Gastgewerbestatistik beruht auf dem Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe - ist es gerechtfertigt, sie gemeinsam zu besprechen. Hinsichtlich ihrer Zielsetzung und ihrer Methode stimmen sie nämlich weitgehend überein.

Das Ziel der Umsatzstatistiken besteht in erster Linie darin, Auskunft über die saisonale und konjunkturelle Entwicklung des Einzelhandels und des Gastgewerbes zu geben. Darüber hinaus haben die Umsatzstatistiken

die Aufgabe, Strukturverschiebungen innerhalb der betrachteten Bereiche sichtbar zu machen.

Monatlich werden folgende Tatbestände erhoben:

- Umsatz: Wert aller Lieferungen und Leistungen - einschließlich Eigenverbrauch und Mehrwertsteuer - ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang.
- Zahl der Vollbeschäftigten: Arbeitnehmer (einschließlich Auszubildende im Sinne des Berufsbildungsgesetzes), tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige, die normalerweise die volle branchen- oder ortsübliche Wochenarbeitszeit ableisten.
- Zahl der Teilbeschäftigten: Arbeitnehmer, die eine kürzere als die volle branchen- oder ortsübliche Wochenarbeitszeit im Unternehmen tätig sind.
- Zahl der Verkaufsstellen (nur im Einzelhandel).

Für die Ermittlung des Umsatzes könnte man auch am Zahlungseingang anknüpfen. Man würde dann erfahren, welche Beträge monatlich tatsächlich eingenommen wurden, man würde also dem Umstand Rechnung tragen, daß manche Kaufverträge infolge Zahlungsschwierigkeiten oder Zahlungsunwilligkeit der Kunden nur teilweise oder gar nicht erfüllt werden. So interessant dieser Aspekt auch

ist, für Fragestellungen saisonaler oder konjunktureller Art hat er nur untergeordnete Bedeutung. Da die vereinbarten Entgelte, die sich aus Bareinnahmen und dem Gegenwert der auf Kredit veräußerten Waren zusammensetzen, früher als die vereinnahmten Entgelte über den Geschäftsverlauf im Einzelhandel und im Gastgewerbe unterrichten, ist den vereinbarten Entgelten als Zählinheit der Vorzug gegeben worden.

Die Erlöse aus dem Verkauf land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens, ferner die außerordentlichen und betriebsfremden Erträge, wie zum Beispiel Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von nicht für die eigenen betrieblichen Zwecke genutzten Gebäude, sind in den Umsätzen nicht enthalten.

Neben den monatlichen Erhebungen wird im Einzelhandel noch eine Jahreserhebung durchgeführt. Gefragt wird nach dem Jahresumsatz, dem Wert der im Verlauf eines Jahres getätigten Wareneinkäufe sowie nach dem Inventurwert des Warenlagers am Anfang und Ende des Geschäftsjahres. Der Wareneingang umfaßt den Gesamtwert von Waren zum Wiederverkauf und zur gewerblichen Verarbeitung einschließlich der im Kommissionsgeschäft, Streckengeschäft und im Transithandel umgesetzten Waren. Nicht zum Wareneingang gehören dagegen die vom Unternehmen verwendeten Betriebsstoffe, wie Büro- und Verpackungsmaterial. Gleiches gilt für den Warenbestand. Auf das Bewertungsproblem, das mit der Ermittlung von Beständen verbunden ist, soll hier nicht näher eingegangen werden. Es sei nur erwähnt, daß sich die Bewertung nach den Bestimmungen des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts richtet.

Zur Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik berichten nur Unternehmen mit Schwerpunkt in einem dieser Bereiche, wobei ein Unternehmen grundsätzlich ganz dort zugeordnet wird, wo die größte Wertschöpfung erzielt wird; diese wird definiert als die Summe aller in einem Unternehmen geschaffenen Einkommen, zu denen Löhne, Gehälter, der Gewinn sowie die anderen Institutionen zufließenden Zinsen, Mieten und Pachten zählen. Ein Kunstgewerbebetrieb z. B., das künstlerisch gestaltete Zweckgegenstände aus verschiedenen Werkstoffen anbietet, rechnet so gesehen auch dann zum Einzelhandel, wenn überwiegend selbsthergestellte Erzeugnisse abgesetzt werden, vorausgesetzt natürlich, daß mit dem Absatz der selbsterstellten Gegenstände und zugekaufter Waren tatsächlich eine höhere Wertschöpfung als mit der Herstellung der eigenen Waren verbunden ist.

Bei Unternehmen, die verschiedenen Wirtschaftsbereichen zugehören, wäre die Ermittlung der Wertschöpfungsanteile meist mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden. In der Praxis hält man deshalb zwar an der Aufteilung gemäß der Wertschöpfung als Leitidee fest, knüpft aber häufig an die Personalverteilung an, wenn Unternehmen, die mehrere verschiedene Funktionen ausüben, ihrem Schwerpunktbereich zugeordnet werden müssen. Man geht dabei von der Überlegung aus, daß die Personalaufwendungen im allgemeinen den wichtigsten Bestandteil der Wertschöpfung bilden. Genau genommen müßte man die Lohn- und Gehaltssummen für die Eingruppierung der betreffenden Unternehmen heranziehen; da jedoch ihre Ermittlung ebenfalls sehr aufwendig ist, bleibt nichts anderes übrig, als auf die Zahl der Beschäftigten, die sich problemlos ermitteln läßt, zurückzugreifen. Manchmal wird die Einstufung aber auch den Unternehmen überlassen.

Die Angaben der zur Einzelhandels- oder Gastgewerbestatistik herangezogenen Unternehmen beziehen sich auf das gesamte Unternehmen, es gehen also auch branchenfremde Tätigkeiten dieser Unternehmen in die Werte mit ein. Andererseits wird die Einzelhandels- oder Gastgewerbetätigkeit des Großhändlers oder des Produzenten mit Schwerpunkt im produzierenden Bereich nicht erfaßt. Es werden also nicht die Funktionen "Einzelhandel" oder "Gastgewerbe" erfaßt, sondern Institutionen, die ihren Schwerpunkt im Einzelhandel oder Gastgewerbe haben.

An das Problem der Zuordnung knüpft sich zwangsläufig die Frage, was unter Einzelhandel und Gastgewerbe zu verstehen ist. In der amtlichen Statistik gehören zum Einzelhandel alle Institutionen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Waren in eigenem Namen für eigene oder fremde Rechnung in der Regel vorwiegend an private Haushalte abzusetzen. Vom Großhandel unterscheidet sich der Einzelhandel vor allem dadurch, daß seine Kunden die bezogenen Waren nicht weiterverkaufen. Ein Abgrenzungsproblem ergibt sich daraus, daß in bestimmten Branchen, wie z. B. im Handel mit Büromaschinen und Bürobedarf, nicht die privaten Haushalte, sondern andere Abnehmer vorherrschen. Dazu gehören z. B. Unternehmen, die die bezogenen Waren nicht zum Verkauf, sondern zur Weiterverarbeitung oder für sonstige betriebliche Zwecke verwenden. In diesen Fällen rechnen die Lieferanten nur dann zum Einzelhandel, wenn die Waren überwiegend in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form (z. B. im Ladengeschäft) oder in verhältnismäßig geringen Mengen abgesetzt werden.

Gemäß der obigen Definition wird der Kommissionshandel zum Einzelhandel gerechnet. Der Kommissionär handelt zwar für fremde Rechnung, d. h. die Folgen des von ihm abgeschlossenen Geschäfts sollen letzten Endes nicht ihn, sondern seinen Auftraggeber, den Kommittenten treffen, doch schließt er, anders als z. B. der Handelsvertreter, dessen Tätigkeit zur Handelsvermittlung zählt, die Geschäfte im eigenen Namen ab. Der Kommissionär tritt also selbst als Käufer und Verkäufer auf. In der Regel erwirbt er auch zunächst einmal das Eigentum an der Ware. Auch in diesem Punkt unterscheidet sich das Kommissionsgeschäft von der Handelsvermittlung. Bei der Handelsvermittlung werden schuldrechtliches und dingliches Rechtsgeschäft nämlich unmittelbar in der Person des Auftraggebers und des Dritten wirksam. Juristisch wird so getan, als ob Auftraggeber und Dritter direkt miteinander verhandelt hätten. Der Absatz der Vertrags-tankstellen gehört demzufolge nicht zum Einzelhandel. Die Mineralölerzeugnisse werden nämlich in fremdem Namen abgesetzt. Der Absatz der sogenannten freien Tankstellen gehört demgegenüber zum Einzelhandel.

Mit Inkrafttreten des Mehrwertsteuergesetzes am 1. Januar 1968 sind die Gebrauchtwagenhändler nicht mehr als Kommissionäre, sondern nur noch als Handelsvermittler tätig. Die Umsätze dieser Händler, die sich ausschließlich oder überwiegend mit dem Gebrauchtwagengeschäft befassen, werden also nicht mehr in die Einzelhandelsstatistik einbezogen. Nur die Händler, die überwiegend neue Fahrzeuge verkaufen, steuern ihre Umsätze aus der Vermittlung von Gebrauchtwagen bei, weil der Umsatz ja für das gesamte Unternehmen erfragt wird.

Gemäß dem Mehrwertsteuersystem ist der Verkauf eines Gebrauchtwagens an eine Privatperson dann umsatzsteuerpflichtig, wenn der Verkäufer den Verkauf gewerbsmäßig betreibt. Deshalb treten seitdem die Händler in diesem Geschäft nur noch als Vermittler auf. Tritt ein Unternehmer als Käufer auf, ist der Tatbestand der Umsatzsteuerpflicht dagegen irrelevant. Der Unternehmer darf nämlich die Umsatzsteuer auf seine Umsatzsteuerschuld anrechnen, es sei denn, der Wagen wird überwiegend für private Zwecke genutzt.

Zur Klärung der Frage, was in der Gastgewerbestatistik unter Gastgewerbe verstanden wird, ist es zweckmäßiger, alle Institutionen aufzuzählen, die zum Gastgewerbe gerechnet werden, als eine allgemeingültige Definition zu geben. Zum Gastgewerbe zählen Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen, Erholungs- und Ferienheime, Gast- und Speisewirtschaften, Bahnhofswirtschaften,

Cafés, Bars, Tanz- und Vergnügungslokale, Kantinen, Eisdielen sowie Trink- und Imbißhallen.

Auch die sogenannten Ferienzentren werden von der Gastgewerbestatistik erfaßt. Allerdings gelangt meist nur das Kernunternehmen, um das sich oft mehrere kleinere, rechtlich selbständige Unternehmen mit komplementären Funktionen gruppieren, in die Statistik. Das liegt daran, daß die Umsatzstatistiken als Repräsentativerhebungen durchgeführt werden. Da im Durchschnitt nur jedes fünfte Unternehmen erfaßt wird, ist die Chance gering, sämtliche Einzelhandels- und Gastgewerbeunternehmen, die in einem Ferienzentrum angesiedelt sind, zu erfassen. Es ist daher auch recht schwierig, die wirtschaftliche Bedeutung eines Ferienzentrums, hier verstanden als räumliche Einheit, zu ermitteln, zumal in einem Ferienzentrum auch Unternehmen vorkommen, die nicht zum Einzelhandel oder Gastgewerbe gehören, wie Frisöre und Banken.

Die Ergebnisse der Umsatzstatistiken beruhen - wie schon erwähnt - auf einer Stichprobenerhebung. Für Schleswig-Holstein berichten zur Zeit rund 2 200 Einzelhandels- und etwa 1 000 Gastgewerbeunternehmen. Darin sind auch die sogenannten Mehrländerunternehmen enthalten. Das sind Unternehmen, die in anderen Bundesländern Niederlassungen unterhalten. Ihre Angaben werden länderspezifisch aufgeschlüsselt, so daß sich die Ergebnisse der Umsatzstatistiken immer auf das jeweilige Bundesland beziehen. Anders ist es übrigens in der Umsatzsteuerstatistik. Dort werden die Umsätze dem Bundesland zugerechnet, in dem die erfaßten Unternehmen ihren Hauptsitz haben. Um die Zahl der Unternehmen mit Niederlassungen in verschiedenen Bundesländern für die Statistik zu begrenzen, wird nur dann von einem Mehrländerunternehmen gesprochen, wenn der Umsatz der Niederlassung(en) in wenigstens einem Bundesland mindestens 500 000 DM beträgt. Zu den Mehrländerunternehmen gehören zum Beispiel Karstadt, Arko und Weipert. Im Gastgewerbe spielen die Mehrländerunternehmen keine Rolle, wohl aber im Einzelhandel. In Schleswig-Holstein sind rund 150 bedeutende Mehrländerunternehmen des Einzelhandels tätig.

Mit fortschreitender Zeit verlieren die Stichprobenergebnisse infolge unzureichender Informationen über die Fluktuation und den Strukturwandel in den betrachteten Bereichen an Aussagekraft. Daher wird in einem Rhythmus von acht bis zehn Jahren eine neue Stichprobe gezogen. Dabei wird darauf geachtet, daß bisher berichtspflichtige Unternehmen - soweit es stichproben-theoretisch

vertretbar ist - nicht mehr herangezogen werden. Für die zur Zeit gültige Stichprobe bildete die Handels- und Gaststättenzählung 1968 die Auswahlgrundlage.

Im Vordergrund der Umsatzstatistiken steht die Beobachtung des gesamten Einzelhandels und Gastgewerbes und nicht die eines bestimmten Kreises von Unternehmen. Deshalb werden Löschungen und Neugründungen laufend berücksichtigt. Diese Unternehmensfluktuation sachgerecht zu berücksichtigen ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Dies gilt vor allem für das Gastgewerbe, wo die Fluktuation besonders groß ist. Das Zentralproblem besteht darin, daß neugegründete Unternehmen häufig schon wieder gelöscht sind oder einen neuen Inhaber haben, bevor die Neugründung oder der Inhaberwechsel dem Statistischen Landesamt bekannt wird.

Obwohl der Berichtskreis sich laufend ändert, können zwischen je zwei benachbarten Jahren auch die gleichen Unternehmen miteinander verglichen werden. Je länger allerdings der Vergleichszeitraum werden soll, desto kleiner wird der Kreis der identischen Unternehmen. Beide Konzepte - der umfassende, aber wechselnde Kreis einerseits und der konstante, aber kleinere Kreis andererseits - haben für verschiedene statistische Fragen ihre Berechtigung. Nur das umfassende Konzept macht die möglichen Kontraktions- und Expansionsprozesse sichtbar und nur ein konstanter Firmenkreis erlaubt den genauen Vergleich zweier Jahresergebnisse.

Die Umsatzstatistiken ermöglichen es, die Entwicklung auch in bestimmten Bereichen des Einzelhandels und Gastgewerbes zu beobachten. Das Gastgewerbe wird traditionell in die beiden Bereiche "Beherbergungsgewerbe" und "Gaststättengewerbe", diese wiederum in die eingangs erwähnten Betriebsformen unterteilt. Der Einzelhandel wird nach zwei verschiedenen Gesichtspunkten unterteilt, und zwar nach dem Warensortiment und der Organisationsform.

Die Sortimentsgliederung umfaßt 10 Gruppen, rund 40 Untergruppen und etwa 80 Wirtschaftsklassen, wobei die Wirtschaftsklasse die kleinste Gliederungseinheit bildet. Ihre Bezeichnungen erwecken manchmal den Eindruck, als ob sich die Wirtschaftsklasse erstens auf ein bestimmtes Gut oder eine bestimmte Gütergruppe und zweitens auf den gesamten Einzelhandel damit bezöge. So könnte man zum Beispiel glauben, daß die Position "Einzelhandel mit Wein und Spirituosen" den Umsatzwert sämtlicher im Einzelhandel verkauften Weine und Spirituosen nennt. Diese Vorstellung wäre jedoch falsch. Zum einen enthält diese Position nämlich

auch den Umsatz aus dem Verkauf anderer Getränke, wie zum Beispiel Flaschenbier, zum anderen fehlt der nicht unbeträchtliche Teil der Verkäufe von Wein und Spirituosen, der im übrigen Einzelhandel, wie zum Beispiel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungs- und Genußmittel, getätigt wird.

In der Gliederung nach Wirtschaftsklassen haben die Ergebnisse infolge der zu geringen Besetzung der einzelnen Positionen nur beschränkte Aussagefähigkeit. Das gilt vor allem für die Höhe der Veränderungsraten, aber auch für die Richtung einer Entwicklung. Das Ausmaß der Abweichung zwischen tatsächlichen und ermittelten Werten ist allerdings - in Abhängigkeit von der Besetzung - von Position zu Position recht unterschiedlich. Die Entwicklung im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art wird noch am zutreffendsten geschildert.

Die unzureichende Besetzung der Wirtschaftsklassen ergibt sich aus dem Umstand, daß im gesamten Bundesgebiet höchstens 40 000 Unternehmen des Einzelhandels (im Gastgewerbe 15 000 Unternehmen) gleichzeitig befragt werden dürfen, ein Stichprobenumfang, der gerade zur Ermittlung hinreichend genauer Bundesergebnisse groß genug ist.

Im Zusammenhang mit der Aufgliederung des Einzelhandels nach der Organisationsform muß wieder beachtet werden, daß das Unternehmen als Einheit gesehen wird. Aus diesem Grunde ist in den Veröffentlichungen auch nicht von einem Warenhaus oder von einem Versandgeschäft, sondern von einem Warenhausunternehmen und von einem Versandhandelsunternehmen die Rede. Die Gliederung nach der Organisationsform kennt nur vier Positionen: Warenhausunternehmen, Versandhandelsunternehmen, Konsumgenossenschaft und sonstige Verbraucherorganisation, Fach-einzelhandelsunternehmen.

Ein Warenhausunternehmen liegt vor, wenn mindestens eine örtliche Einheit des Unternehmens ein Warenhaus ist. Das ist wiederum der Fall, wenn

- mindestens 25 Beschäftigte in dieser örtlichen Einheit tätig sind,
- es sich um ein Ladengeschäft handelt und
- Waren verschiedener Art mit Schwerpunkt bei Bekleidung, Textilien, Hausrat und Wohnbedarf gehandelt werden.

Darüber hinaus muß der Umsatz des Warenhauses oder der Warenhäuser mindestens 50% des Gesamtumsatzes betragen, und das Unternehmen darf keine Konsumgenossenschaft oder sonstige Verbraucherorganisation sein. Von den 2 200 Unternehmen gehören 17 der

Kategorie "Warenhausunternehmen" an. Darunter befinden sich 9 "Mehrländerunternehmen". Das sind Hertie, Horten, Karstadt, Kepa, Neckermann, Pilar u. Co., Quelle, Weka und Woolworth.

Ein Versandhandelsunternehmen liegt vor, wenn die Waren vorwiegend nicht im offenen Ladengeschäft verkauft, sondern auf Bestellung (nach Katalog, Prospekten oder über Vertreter) durch die Post oder auf anderem Wege verschickt werden. In Schleswig-Holstein werden keine Versandhandelsergebnisse veröffentlicht, weil zu wenig Unternehmen die erwähnten Bedingungen erfüllen. Die bedeutenden Warenhäuser wie Quelle und Neckermann tätigen in Schleswig-Holstein zwar Umsätze im Versandgeschäft, diese Umsätze werden jedoch nicht Schleswig-Holstein, sondern dem Bundesland zugeordnet, von dem aus die Waren verschickt werden.

Zu dem Ergebnis der Konsumgenossenschaften tragen drei Vereinigungen bei, und zwar die Konsumgenossenschaft Ostholstein, Co-op Kiel und die Produktion in Hamburg. Genossenschaften sind laut Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbs oder der Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken. Konsumgenossenschaften stellen dementspre-

chend Verbrauchervereinigungen dar, die sich Vorteile aus dem Großeinkauf oder der Eigenherstellung von Konsumwaren verschaffen wollen.

Unter dem Begriff "Facheinzelhandelsunternehmen" werden schließlich alle Unternehmen subsumiert, die keiner der bisher beschriebenen Kategorien zugehören.

Da sämtliche in Schleswig-Holstein tätigen Warenhausunternehmen und Konsumgenossenschaften erfaßt werden, stimmt die in den Veröffentlichungen dargestellte Entwicklung dieser Organisationsformen mit der tatsächlichen Entwicklung überein, vorausgesetzt, daß keine falschen Werte angegeben werden und daß keine Irrtümer bei der Erhebung unterlaufen. Anders liegen die Dinge bei den Facheinzelhandelsunternehmen. Für diesen Bereich muß von vorherein mit methodisch bedingten Verzerrungen gerechnet werden. Sie beruhen zum Teil darauf, daß nur ein bestimmter Prozentsatz aller Unternehmen dieser Kategorie erfaßt wird, zum Teil sind sie eine Folge des Umstandes, daß die Stichprobe nach Wirtschaftsklassen und Umsatzgrößenklassen, nicht aber nach Organisationsformen geschichtet ist.

Karlheinz König

Nähere Angaben siehe Stat. Berichte G I 1 "Umsatzentwicklung im Einzelhandel" und G IV 3 "Umsatzentwicklung im Gastgewerbe"

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts

Teil 1: Methodik, Entstehungsrechnung

Der Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" hat zum ersten Mal Gesamtrechnungen für die Bundesländer nach den drei Seiten Entstehung, Verwendung und Verteilung für die Jahre 1960 bis 1970 durchgeführt und die wichtigsten Ergebnisse in einer Gemeinschaftsveröffentlichung als Heft 5 der Reihe "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" im Jahre 1974 veröffentlicht. Damit werden erstmals über die Entstehungsrechnung hinaus regionale Ergebnisse über die Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland für einen längeren Zeitraum vorgelegt. Bei diesen ersten Berechnungen mußten noch gewisse Unzulänglichkeiten in der Methode und den vorhandenen statistischen Unterlagen für Länder in Kauf genommen werden, was bei der Arbeit mit diesen Werten berücksichtigt werden sollte. Trotzdem wurde mit dieser Darstellung ein entschei-

dender Schritt in der Weiterentwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Länder getan. Die weitere Aufgabe des Arbeitskreises wird es nun sein, die Methoden zu verbessern und die Ergebnisse zu aktualisieren.

Vorgeschichte

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wurden im Sommer 1954 ins Leben gerufen, als die Leiter der statistischen Landesämter einen Arbeitskreis für die Sozialproduktsberechnungen der Länder einsetzten. Vorher erfolgten Berechnungen nur vereinzelt in einem Teil der Länder und auch weitgehend unabhängig voneinander und von den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Da sich nicht alle Länder an den Berechnungen beteiligten, konnten die Ergebnisse weder untereinander noch mit

denen des Bundesamtes abgestimmt werden. Darüber hinaus waren die Berechnungsverfahren sehr unterschiedlich und deshalb die Ergebnisse nahezu unvergleichbar. Trotz dieser Mängel war ein erster Schritt getan, denn letztlich führten diese Vorarbeiten dazu, daß alle Länder sich in einem Arbeitskreis zusammenschlossen.

Die erste Aufgabe, die man dem Arbeitskreis im Jahre 1954 setzte, war die Berechnung des Inlandsprodukts für die Bundesländer nach einheitlichen, mit dem Statistischen Bundesamt abgestimmten Begriffen, Methoden und Unterlagen. Im Laufe der Zeit wurden Methoden und Ergebnisse dieser Entstehungsrechnung soweit verbessert, daß im Jahre 1964 erstmals eine Berechnung von Kreisergebnissen vertreten werden konnte. Parallel dazu stellte der Arbeitskreis erste Überlegungen an, wie über die Entstehungsrechnung hinaus zur Abrundung des Gesamtbildes des wirtschaftlichen Geschehens notwendige Größen aus der Verwendungs-, Verteilungs- und Umverteilungsrechnung ermittelt werden könnten. Das große Ziel war also eine Vervollständigung der Länderarbeiten zu einem System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nach dem Vorbild des Statistischen Bundesamtes.

Durch erhebliche Mängel des notwendigen statistischen Ausgangsmaterials traten verstärkt Zuordnungs- und Abgrenzungsschwierigkeiten auf, die zahlreiche Proberechnungen erforderlich machten. Aber durch ständige Methodenverbesserungen und Abstimmungsvorgänge gelang es schließlich, eine Zahlengrundlage zu schaffen, deren Aggregate für sich genommen und in ihrem gegenseitigen Zusammenhang allen Größenordnungsvorstellungen entsprachen. Dabei wurden auch die Ergebnisse der verschiedenen Berechnungsseiten des einzelnen Landes und die Länderergebnisse untereinander und mit dem Bundesergebnis abgestimmt.

Aufgabe und Verwendung

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sollen ein möglichst umfassendes, übersichtliches, hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens geben. Dafür ist Voraussetzung, daß die für die Beschreibung der Struktur und Entwicklung der Volkswirtschaft wesentlichen Tätigkeiten sämtlicher am Wirtschaftsablauf beteiligten Wirtschaftseinheiten einbezogen werden. Unter Volkswirtschaft wird dabei die Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten verstanden, die ihren ständigen Sitz im Inland haben, wobei die Staatsangehörigkeit ebenso ohne Bedeutung ist wie das Vorhandensein einer eigenen Rechts-

persönlichkeit. Produktionsstätten, die ihren ständigen Sitz im Inland haben, gehören also unabhängig von den Eigentumsverhältnissen zu den inländischen Wirtschaftseinheiten, während andererseits Produktionsstätten mit Sitz im Ausland, obwohl sie im Eigentum von Inländern stehen, nicht zur Volkswirtschaft zählen. Auf Schleswig-Holstein bezogen bedeutet das, daß zur Volkswirtschaft alle schleswig-holsteinischen Wirtschaftseinheiten gehören und zum "Ausland" alle Wirtschaftseinheiten mit Sitz außerhalb Schleswig-Holsteins, nämlich in den übrigen Bundesländern oder im "übrigen Ausland".

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist wie jede Statistik eine reine ex-post-Rechnung, d. h. am Ende einer Periode wird festgestellt, welche volkswirtschaftlichen Transaktionen, also Lieferungen und Empfänge oder Forderungen und Verpflichtungen, entstanden sind, und sie werden auf systematische Weise in einem Gesamtsystem registriert. Damit ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung das umfassendste Instrument der Wirtschaftsbeobachtung und eine wesentliche Grundlage für gesamtwirtschaftliche Analysen und Prognosen. Ihre Ergebnisse dienen heute in erster Linie als Orientierungsmaßstab für Konjunktur- und Wachstumspolitik sowie Regionalpolitik bis zur Kreisebene. Daneben geben die Werte wichtige Hinweise für struktur- und finanzpolitische Maßnahmen.

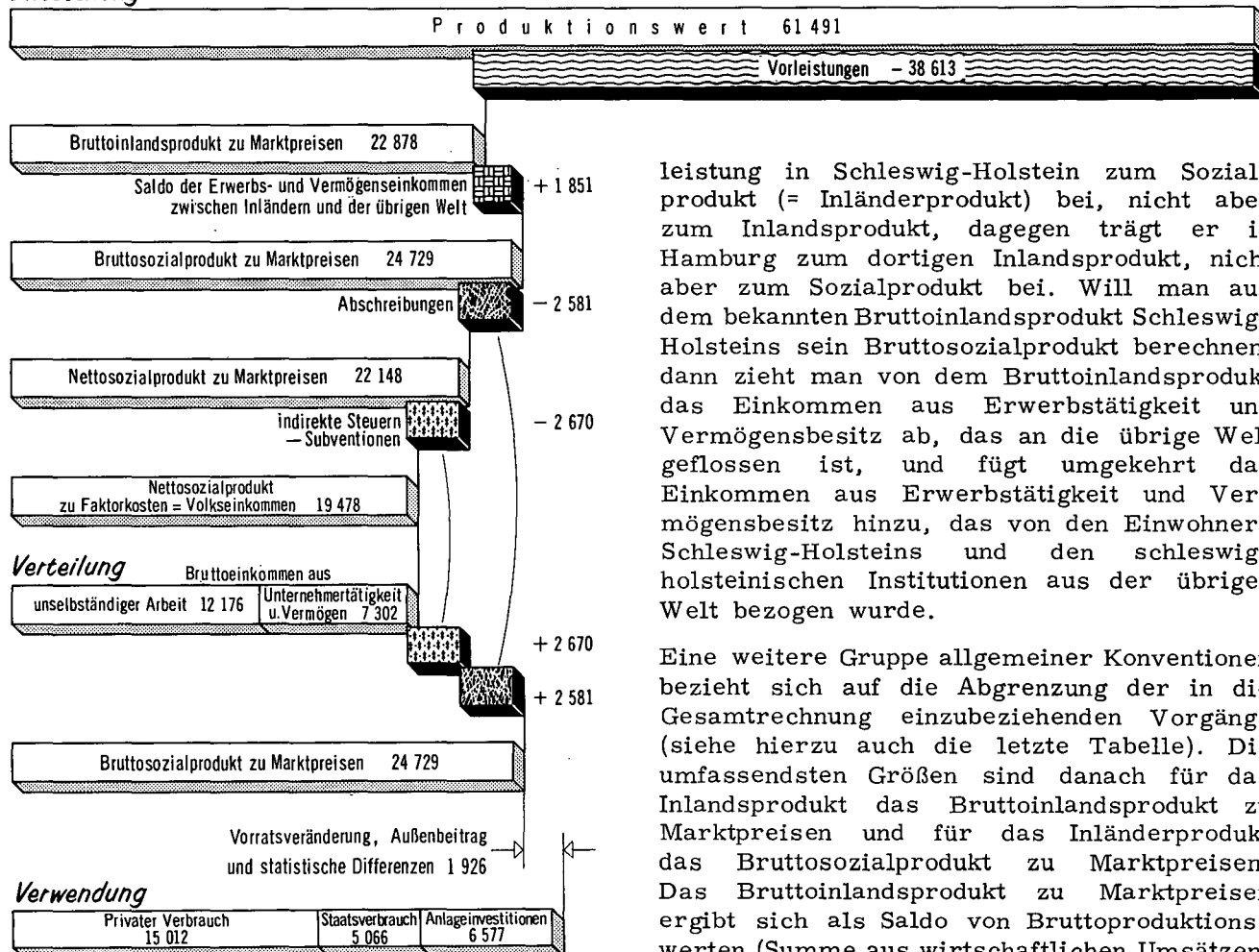
Allgemeine Konventionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Bevor auf die Einzelheiten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eingegangen wird, sei auf ihre allgemeinen Konventionen hingewiesen, deren Erläuterung dem Leser das Verständnis der weiteren Ausführungen erleichtern soll. Ein grundsätzliches Problem liegt darin, daß das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt zweierlei sein kann, nämlich entweder ein Inlandsprodukt oder ein Inländerprodukt, wobei man das Inländerprodukt in der Regel als Sozialprodukt bezeichnet. Als "Inländer" für das Gesamtprodukt Schleswig-Holsteins werden alle Personen und Institutionen (z. B. Unternehmen und Gebietskörperschaften) mit ständigem (Wohn)Sitz in Schleswig-Holstein betrachtet. Das Sozialprodukt stellt also einen Niederschlag der wirtschaftlichen Betätigung dieser "Inländer" dar, eine Betätigung, die sie nicht nur innerhalb Schleswig-Holsteins, sondern auch in der "übrigen Welt" in der Produktion, als Einkommensbezieher und als Verbraucher ausüben können.

Das Inlandsprodukt mißt dagegen die wirtschaftliche Aktivität einer Region, hier des Landes Schleswig-Holstein. An seiner Erstel-

SOZIALPRODUKT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1970 IN MILLIONEN DM

Entstehung



lung nehmen auch "Ausländer" teil, wobei unter "Ausländern" die ständigen Bewohner der "übrigen Welt" verstanden werden. Die Differenz zwischen dem Inländerprodukt und dem Inlandsprodukt wird als "Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt" bezeichnet; sie besteht zwischen den Einkommen, die Einwohner Schleswig-Holsteins außerhalb unseres Landes beziehen und denen, die Personen mit Wohnsitz außerhalb Schleswig-Holsteins in unserem Lande erzielen. Zu den Einwohnern Schleswig-Holsteins gehören alle Personen, die nach den Grundsätzen der Bevölkerungsfortschreibung zur Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins gehören. Hierbei spielt die Staatsangehörigkeit keine Rolle, also auch die ausländischen Arbeitskräfte, die in Schleswig-Holstein wohnen, gehören zu den Einwohnern unseres Landes. Ein Einwohner Schleswig-Holsteins, der in Hamburg arbeitet, trägt mit seiner Arbeits-

leistung in Schleswig-Holstein zum Sozialprodukt (= Inländerprodukt) bei, nicht aber zum Inlandsprodukt, dagegen trägt er in Hamburg zum dortigen Inlandsprodukt, nicht aber zum Sozialprodukt bei. Will man aus dem bekannten Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins sein Bruttosozialprodukt berechnen, dann zieht man von dem Bruttoinlandsprodukt das Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögensbesitz ab, das an die übrige Welt geflossen ist, und fügt umgekehrt das Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögensbesitz hinzu, das von den Einwohnern Schleswig-Holsteins und den schleswig-holsteinischen Institutionen aus der übrigen Welt bezogen wurde.

Eine weitere Gruppe allgemeiner Konventionen bezieht sich auf die Abgrenzung der in die Gesamtrechnung einzubeziehenden Vorgänge (siehe hierzu auch die letzte Tabelle). Die umfassendsten Größen sind danach für das Inlandsprodukt das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und für das Inländerprodukt das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen. Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ergibt sich als Saldo von Bruttoproduktionswerten (Summe aus wirtschaftlichen Umsätzen, Veränderungen der Vorräte an Halb- und Fertigwaren und Herstellungswerten der selbsterstellten Anlagen) und Vorleistungen. Darin enthalten ist auch derjenige Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung, der zum Ersatz der reproduzierbaren Güter des Anlagevermögens dient, die Abschreibungen. Sie werden linear über die Nutzungsdauer der Anlagegüter verteilt und zu Wiederbeschaffungspreisen der Anlagegüter in der Berichtsperiode bewertet. Es verbleiben dann das Nettoinlandsprodukt und das Nettosozialprodukt, jeweils bewertet zu Marktpreisen.

Neben dieser Bewertung zu Marktpreisen ist eine Bewertung zu Faktorkosten üblich. Im Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen sind die indirekten Steuern enthalten und die Subventionen abgezogen. Vermindert man diesen Wert um den Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen, so erhält man das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten. Vom Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten kommt man, um den Kreis zu schließen, durch Addition des Saldos der Erwerbs- und Vermögens-

einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt zum Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, das auch als Volkseinkommen bezeichnet wird. Die Faktorkosten sind ein Begriff der volkswirtschaftlichen Theorien zum Güter- und Geldkreislauf, entwickelt aus der statistischen Methode der Berechnung des Sozialprodukts nach der Wertschöpfung durch die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Der Ausweis des Nettosozialprodukts zu Faktorkosten ermöglicht eine Berechnung des Volkseinkommens von der Seite der Wertschöpfung her. Diese Summe entspricht der gesamten auf Leistung entfallenden Einkommen (Lohn, Gehalt für den Faktor Arbeit; Zins für den Faktor Kapital; Unternehmergewinn für die dispositive Unternehmerleistung), die zugleich Kosten der Wertschöpfung sind.

Neben der Bewertung zu Marktpreisen oder Faktorkosten ist noch das Problem der Kaufkraftveränderungen zu nennen, die sich aus den Preisschwankungen ergeben. Hier ist allerdings vor allem bei den Länderberechnungen noch nicht das erstrebenswerte Stadium erreicht. Dieses würde nämlich voraussetzen, daß für jede der zahlreichen einzelnen Komponenten des Sozialprodukts ein besonderer Preisindex vorliegt. Dafür reichen die vorliegenden Preisstatistiken aber bei weitem nicht aus, denn sie bringen als Stichprobe insbesondere für kleinere Länder wie Schleswig-Holstein keine ausreichenden Unterlagen. Deshalb muß sich die Länderberechnung noch darauf beschränken, nur für die Entstehungsrechnung neben den nominalen, also in jeweiligen Preisen ausgedrückten Werten auch auf den Preisstand eines Basisjahres, zur Zeit 1962, umgerechnete reale Werte darzustellen.

Die Entstehungsrechnung

Die dem Konsumenten seit vielen Jahren vertraute Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist die Entstehungsrechnung. Sie geht von der Produktion von Gütern und Dienstleistungen aus. Sie bezieht sich auf die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Landes ohne Rücksicht darauf, ob sie von Inländern oder Nichtgebietsansässigen erbracht worden ist. Dieses nach dem Gebiet abgegrenzte Inlandsprodukt gibt zugleich einen Maßstab für die Wirtschaftsleistung und - in seiner Gliederung nach Wirtschaftsbereichen - ein Abbild für die Wirtschaftsstruktur des Landes.

Das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1974

Das Bruttoinlandsprodukt hat sich in Schleswig-Holstein seit 1960 innerhalb von 14 Jahren

um 256% auf einen Wert von 34,8 Mrd. DM erhöht. Demgegenüber steht eine Zuwachsrate von 230% im gesamten Bundesgebiet. Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Entwicklung auf diese lange Sicht in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut verlief. Gemessen an der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate beträgt der Unterschied zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet 0,6 Punkte, denn in Schleswig-Holstein betrug der Zuwachs durchschnittlich jährlich 9,5% und im Bundesgebiet 8,9%.

Hierbei handelt es sich allerdings um nominale Entwicklungen, was bedeutet, daß die Preissteigerungen in den Zuwachsraten enthalten sind. Für die Entwicklung einer Volkswirtschaft sind aber die realen Zuwachsraten wesentlich aussagefähiger, denn sie geben Auskunft darüber, was gegenüber der Vorperiode zusätzlich an Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet worden ist. Nur wenn die reale Zuwachsrate positiv ist, kann von wirtschaftlichem Wachstum gesprochen werden. Bei einer positiven nominalen Zuwachsrate, die kleiner ist, als die Preissteigerungsrate, liegt dagegen bereits eine schrumpfende Volkswirtschaft vor. Die reale Zuwachsrate ist dann negativ. In Schleswig-Holstein hat es seit Beginn der Berechnungen für das Jahr 1950 von Jahr zu Jahr wirtschaftliches Wachstum gegeben, und im Bundesgebiet war nur im Jahre 1967 eine geringfügige Verringerung der erstellten Gütermenge festzustellen. An dieser Stelle erscheint es angebracht, auf die Problematik hinzuweisen, die darin liegt, die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts, die als Maßstab für wirtschaftliches Wachstum benutzt wird, auch uneingeschränkt als Indikator der Wohlstandsentwicklung anzusehen. Man ist sich heute darüber einig, daß zur Beurteilung des Wohlstandes - oder gar der "Lebensqualität" - eine Vielzahl weiterer Kriterien herangezogen werden müßte¹.

In der realen Betrachtungsweise wird zur Zeit 1962 als Basisjahr genommen. Die reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gibt also die Zunahme der erstellten Gütermenge, bewertet in Preisen von 1962, an. Das nominale Bruttoinlandsprodukt ist demnach um die Preissteigerungen seit 1962 höher als das reale Bruttoinlandsprodukt. Wie groß die Preiskomponente ist, kann man daran erkennen, daß das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins in der Zeit von 1960 bis 1974 nominal um 256% gestiegen ist, während real eine Wachstumsrate von 90%

¹) siehe hierzu auch Aufsatz "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Messung der Lebensqualität" von Dr. Günter Hamer, Statistisches Bundesamt, im Sonderdruck des Statistischen Bundesamtes anlässlich der 21. Tagung des Statistischen Beirates am 16. 5. 1974

zu verzeichnen ist. Einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von nominal 9,5% steht also eine reale von 4,7% gegenüber. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von 4,6%. Im Bundesgebiet betragen die entsprechenden Steigerungen 8,9% (nominal), 4,4% (real) und 4,3% (Preise). Was für die nominale Betrachtungsweise gesagt wurde, bestätigt sich also bei der realen Betrachtungsweise, nämlich daß das wirtschaftliche Wachstum in Schleswig-Holstein geringfügig über dem Bundesdurchschnitt liegt. Allerdings ist auch festzuhalten, daß die Preissteigerungen in Schleswig-Holstein etwas über denen im Bundesgebiet liegen. Die Preissteigerungsrate gibt die Summe der Preisveränderungen bei sämtlichen erstellten Gütern einschließlich der Vorprodukte an, wobei sich die Mengen von Periode zu Periode ändern. Es handelt sich also nicht um den Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei dem für einen konstanten Warenkorb der Güter des privaten Verbrauchs die Preissteigerungen ermittelt werden.

In dem betrachteten Zeitraum von 1960 bis 1974 können an den realen Wachstumsraten deutlich Konjunkturzyklen abgelesen werden. Phasen starken wirtschaftlichen Aufschwungs folgen immer wieder Perioden der Abschwächung, wobei allerdings sowohl Auf- als auch Abschwung in den einzelnen Phasen unterschiedlich starke Ausschläge aufweisen. Begonnen wird das Auf und Ab in Schleswig-Holstein mit einem außergewöhnlich starken wirtschaftlichen Aufschwung in den Jahren 1961 und 1962. Hier fällt insbesondere das Jahr 1962 mit der höchsten Wachstumsrate des gesamten Zeitraums von 8,4% ins Auge gegenüber nur 4,0% im gesamten Bundesgebiet. Aber bereits im folgenden Jahr sackte die Zuwachsrates auf 1,9% ab, verbesserte sich 1964 zwar auf 3,6%, lag aber gerade in diesem Jahr um 3,2 Punkte unter dem Bundesdurchschnitt. 1965 stellte sich dann wieder ein Konjunkturhoch ein, das aber bald in die noch nicht vergessenen Rezessionsjahre 1966 und 1967 führte. Diese Rezession wirkte sich allerdings im Bundesgebiet wesentlich stärker aus als in Schleswig-Holstein, führte sie doch erstmalig nach dem 2. Weltkrieg im Bundesgebiet zu einer negativen realen Veränderungsrate, während in Schleswig-Holstein noch ein Wachstum von 2,5% festgestellt wurde. Der wirtschaftliche Aufschwung danach war vehement und brachte im Bundesgebiet 1969 mit 8,2% die höchste Wachstumsrate des betrachteten Zeitraums. War der Abschwung in Schleswig-Holstein gedämpft, so vollzog sich auch der Aufschwung nicht ganz so kräftig wie im Bundesgebiet. Das Jahr 1970 brachte Schleswig-Holstein dann

aber mit 7,3% die zweithöchste Zuwachsrates nach 8,4% im Jahre 1962. Der danach folgende Abschwung war im Bundesgebiet etwas stärker als in Schleswig-Holstein und führte 1973 zu einem neuen Hoch mit dem bisher niedrigsten Niveau von 4,8% in Schleswig-Holstein und 5,3% im Bundesgebiet. Die im Jahre 1974 folgende Rezession wirkte sich in Schleswig-Holstein wie schon im Jahre 1967 lange nicht so stark aus wie im gesamten Bundesgebiet. Während 1974 im Bundesgebiet mit 0,6% der nach 1967 geringste reale Zuwachs der Nachkriegszeit erzielt wurde, kann die schleswig-holsteinische Wirtschaft 1974 eine Wachstumsrate von 3,3% aufweisen.

Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1974

Jahr	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Veränderung zum Vorjahr in %		Preissteigerung %	Veränderung zum Vorjahr in %		Preissteigerung %
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1962		in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1962	
1960
1961	11,7	6,4	5,0	10,2	5,6	4,4
1962	13,5	8,4	4,7	8,2	4,0	4,0
1963	5,8	1,9	3,8	6,6	3,4	3,1
1964	6,8	3,6	3,1	9,7	6,8	2,7
1965	10,3	6,1	4,0	9,4	5,7	3,5
1966	6,9	3,1	3,7	6,5	2,8	3,6
1967	3,6	2,5	1,1	1,0	-0,2	1,2
1968	8,4	6,2	2,1	8,8	7,1	1,6
1969	8,8	4,4	4,2	12,1	8,2	3,6
1970	13,7	7,3	6,0	13,4	5,9	7,1
1971	13,4	4,7	8,3	11,0	2,9	7,9
1972	10,1	3,2	6,7	9,5	3,4	5,9
1973	11,4	4,8	6,3	11,5	5,3	5,9
1974	9,2	3,3	5,7	7,2	0,6	6,6

Die Preissteigerungen sind - wie gesagt - bei dieser Betrachtungsweise ausgeklammert. Sie spielen aber gerade in der heutigen Zeit eine so bedeutende Rolle, daß es angebracht erscheint, auch die Preisentwicklung in dem betrachteten Zeitraum darzustellen. Die für heutige Verhältnisse bereits niedrig erscheinende durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von 4,6% in Schleswig-Holstein ist auf die zum Teil erheblich unter diesem Durchschnitt liegende Preisentwicklung in den Jahren 1963 bis 1969 zurückzuführen. 1967 erhöhten sich die Preise sämtlicher erstellter Güter einschließlich der Vorprodukte beispielsweise nur um durchschnittlich 1,1%. Dagegen ist in den letzten fünf Jahren eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Teuerung festzustellen. Am höchsten war sie im Jahre 1971 mit 8,3%. Für das Bundesgebiet gilt in der Tendenz das gleiche wie für Schleswig-Holstein. Auch hier lag die niedrigste Preissteigerungsrate mit 1,2% im Jahre 1967 und die höchste mit 7,9% im Jahre 1971.

Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche

An der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts sind die einzelnen Wirtschaftsbereiche mit sehr unterschiedlichen Anteilen beteiligt, und das Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche hat sich im Zeitablauf zum Teil erheblich verändert. Anzumerken ist, daß die Angaben in absoluten Werten für die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen gegenüber der Gesamtgröße ab 1968 etwas überhöht ausgewiesen sind. Der Mehrbetrag bei der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen besteht aus der Differenz zwischen dem Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und der Investitionsteuer nach § 30 des Umsatzsteuergesetzes.

Bei einer Aufgliederung des Bruttoinlandsprodukts 1974 in jeweiligen Preisen nach fünf Wirtschaftsbereichen ergibt sich, daß der wesentliche Beitrag in Schleswig-Holstein mit mehr als zwei Fünfteln (41%) vom warenproduzierenden Gewerbe geleistet wird. In der realen Betrachtungsweise schneidet dieser Bereich noch etwas besser ab, denn danach kommt er auf einen Anteil von 47%. Dies ist ein Hinweis darauf, daß in diesem Bereich die Preissteigerungen seit 1962 unter dem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg im Lande gelegen haben. Diese Feststellung wird noch unterstrichen durch einen Vergleich zwischen 1960 und 1974. Verringerte sich der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes am nominalen Bruttoinlandsprodukt von 1960 bis 1974 um einen Punkt, so lag dieser Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt 1974 immerhin um 5 Punkte über dem des Jahres 1960. Tatsächlich lag die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate im warenproduzierenden Gewerbe mit 3,6% um 1,0 Punkte unter der entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Rate; die besondere Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs wird noch durch die hohe reale Zuwachsrate von 113% gegenüber durchschnittlich 90% unterstrichen; das bedeutet, daß das warenproduzierende Gewerbe durchschnittlich jährlich 5,5% mehr an realen Werten erwirtschaftet hat bei einem entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Zuwachs von 4,7%. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern schlägt negativ zu Buche, daß das Gewicht dieses überdurchschnittlichen Bereichs in unserem Lande zusammen mit Hamburg am geringsten ist. Bei einem Bundesdurchschnitt von 56% reicht es bis zu 62% in Rheinland-Pfalz. Positiv im Ländervergleich ist aber zu vermerken, daß beim warenproduzierenden Gewerbe die Zunahme seines Beitrags zum realen Bruttoinlandsprodukt zwischen 1960 und 1974 mit insgesamt 113% und durchschnittlich jährlich 5,5% merklich über den bundesdurchschnittlichen Zuwachsraten von 92% und 4,8% liegt.

Eine noch positivere Entwicklung wie im warenproduzierenden Gewerbe hat sich bei den Dienstleistungsunternehmen (Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungen) vollzogen. Und zwar beträgt hier die reale Zuwachsrate von 1960 bis 1974 insgesamt 133% und durchschnittlich jährlich 6,2%. Allerdings ist dieser Bereich mit einem Anteil von 14% am realen Bruttoinlandsprodukt 1974 von wesentlich geringerer Bedeutung. Auch hat sich dieser Anteilswert im Zeitablauf lange nicht so stark erhöht wie beim warenproduzierenden Gewerbe, denn er lag 1960 nur etwa zwei Punkte niedriger als 1974. Aber im Vergleich mit den anderen Bundesländern schneiden die Dienstleistungsunternehmen noch etwas besser ab als das warenproduzierende Gewerbe, denn die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate war in Schleswig-Holstein um 1,4 Punkte höher als die im gesamten Bundesgebiet. Das führte auch dazu, daß die Bedeutung der Dienstleistungsunternehmen für die schleswig-holsteinische Wirtschaft über die bundesdurchschnittliche hinauswuchs, nachdem dieser Bereich 1960 mit seinem Anteilswert noch leicht unter dem des gesamten Bundesgebiets gelegen hatte. Herauszustellen ist, daß in diesem Bereich die Preissteigerungen seit 1962 wesentlich über den Durchschnitt hinausgingen. Einer realen Zuwachsrate von insgesamt 133% und durchschnittlich jährlich 6,2% zwischen 1960 und 1974 stehen nämlich nominale Steigerungen von 469% und 13,2% gegenüber. Daraus ergibt sich für die Dienstleistungsunternehmen eine durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von 6,6%, womit die Preissteigerungen in diesem Bereich durchschnittlich jährlich um 2,0 Punkte über der gesamtwirtschaftlichen Rate unseres Landes liegen. Diese erheblich über dem Durchschnittswert liegenden Preissteigerungen sind natürlich auf die beträchtlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen der letzten Jahre zurückzuführen, die sich besonders in einem lohnintensiven Wirtschaftsbereich auswirken. Daß die Preissteigerungen gerade in diesem Bereich eine besondere Rolle spielen, ist auch daraus zu ersehen, daß sich der Anteil der Dienstleistungsunternehmen am nominalen Bruttoinlandsprodukt von 1960 bis 1974 immerhin von 11% auf 18% erhöhte, während der Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt in derselben Zeit nur von 12% auf 14% anstieg.

In den drei übrigen Wirtschaftsbereichen erhöhten sich die realen Werte nicht so stark wie in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft insgesamt. Dem Durchschnitt noch am nächsten kommt der Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit einer realen Steigerung von insgesamt 73% und

Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Bereich	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	nominal	real	nominal	real
	%			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei				
1960	12,7	12,6	5,7	5,5
1974	6,3	8,9	2,8	3,9
Warenproduzierendes Gewerbe				
1960	42,2	41,5	54,4	53,6
1974	41,0	46,5	50,0	56,4
Handel und Verkehr				
1960	21,3	21,3	19,6	19,8
1974	18,8	19,5	18,1	18,4
Dienstleistungsunternehmen				
1960	11,3	11,7	11,4	11,9
1974	17,8	14,3	16,1	12,6
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter				
1960	12,5	12,9	8,9	9,2
1974	16,2	10,9	13,0	8,6

durchschnittlich jährlich 4,0% in der Zeit von 1960 bis 1974. Das hatte wiederum zur Folge, daß das wirtschaftliche Gewicht dieses Bereichs sich leicht von 21% auf 20% verringerte. Mit diesem Anteilswert bilden Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung den zweitstärksten Wirtschaftsbereich in unserem Lande. Im Vergleich zum Bundesgebiet ist dieser Bereich hier etwas stärker vertreten, denn im gesamten Bundesgebiet entfallen auf ihn nur 18%.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß auch der etwas heterogene Bereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter hinsichtlich seines Beitrags zum realen Bruttoinlandsprodukt im Lauf der Zeit an Bedeutung eingebüßt hat. Trug dieser Bereich 1960 noch 13% zum realen Bruttoinlandsprodukt bei, so waren es 1974 nur noch 11%. Wesentlich größer ist seine Bedeutung dagegen gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt, denn der Anteilswert hieran erhöhte sich von 13% auf 16%. Damit ist wiederum gesagt, daß auch in diesem Bereich die Preissteigerungen seit 1962, die hier nahezu ausschließlich auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zurückzuführen sind, überdurchschnittlich hoch waren. Tatsächlich lag die Preissteigerungsrate von 1960 bis 1974 bei durchschnittlich jährlich 7,9% und mit 3,3 Punkten am weitesten über der gesamtwirtschaftlichen Rate. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern hat der Staat zusammen mit den privaten Haushalten und den Organisationen ohne Erwerbscharakter in Schleswig-Holstein ein überdurchschnittliches Gewicht, denn im gesamten Bundesgebiet kommt dieser Bereich nur auf einen Anteil von 9% am realen Bruttoinlandsprodukt. Nur im Stadt-

staat Berlin hat er eine noch größere Bedeutung als in Schleswig-Holstein.

Der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, im folgenden abgekürzt als Land- und Forstwirtschaft bezeichnet, hat 1974 zum nominalen Bruttoinlandsprodukt 6% beigetragen. 1960 betrug sein Anteil noch 13%. Dieser Rückgang ist in einem erheblichen Maße darauf zurückzuführen, daß bei den landwirtschaftlichen Produkten die Preissteigerungen bei weitem nicht so hoch waren wie bei den übrigen Gütern und Dienstleistungen. So ist das gesamte Bruttoinlandsprodukt von 1960 bis 1974 nominal um 256% und real um 90% gestiegen, während bei der Land- und Forstwirtschaft einer nominalen Zuwachsrates von 78% eine reale Zuwachsrates von 34% gegenübersteht. Während also gesamtwirtschaftlich eine durchschnittliche jährliche Preissteige-

Anteile der Wirtschaftsbereiche am realen Bruttoinlandsprodukt
in den Bundesländern

Land	Land- und Forst- wirt- schaft	Waren- produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- lei- stungen	Staat, private Haus- halte ¹
	%				
Schleswig-Holstein					
1960	12,6	41,5	21,3	11,7	12,9
1973	8,4	46,7	20,1	13,9	10,9
Hamburg					
1960	1,0	47,0	30,0	14,0	7,9
1973	0,7	49,2	28,4	14,9	6,8
Niedersachsen					
1960	10,0	49,9	18,9	10,9	10,3
1973	8,5	54,1	17,4	10,4	9,5
Bremen					
1960	1,8	45,3	33,1	11,3	8,5
1973	1,1	51,3	28,1	11,6	7,9
Nordrhein-Westfalen					
1960	2,8	58,7	19,0	11,3	8,2
1973	2,3	59,8	18,2	11,8	7,8
Hessen					
1960	5,2	50,2	21,0	14,5	9,2
1973	2,8	52,5	20,5	16,0	8,2
Rheinland-Pfalz					
1960	10,0	50,1	19,9	10,0	10,0
1973	4,8	62,0	16,3	8,7	8,1
Baden-Württemberg					
1960	5,4	57,7	16,9	11,6	8,4
1973	3,5	62,4	15,2	11,2	7,7
Bayern					
1960	8,1	50,5	19,0	12,0	9,6
1973	4,4	57,8	17,5	12,3	8,0
Saarland					
1960	3,4	59,0	18,4	10,1	9,1
1973	2,1	57,0	19,6	11,2	10,1
Berlin (West)					
1960	0,4	53,1	18,2	14,9	13,5
1973	0,3	57,1	16,6	13,2	12,8
Bundesgebiet					
1960	5,5	53,6	19,8	11,9	9,2
1973	3,7	57,6	18,3	12,1	8,3

1) und Organisationen ohne Erwerbscharakter

rungsrate von 4,6% zu verzeichnen ist, betrug sie in diesem Bereich nur 2,1%. Daraus kann unmittelbar abgeleitet werden, daß die Land- und Forstwirtschaft bei einem realen Vergleich besser abschneidet als bei einem nominalen. In Zahlen ergibt sich, daß der Anteil dieses Bereichs am nominalen Bruttoinlandsprodukt von 1960 bis 1974 um 6 Punkte gesunken ist, während dieser Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt nur um 4 Punkte auf 9% herabsank. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die Preiskomponente ein ganz wesentlicher Faktor bei Ermittlungen von Wirtschaftsleistungen ist, und daß insbesondere beim Vergleich zwischen Wirtschaftsbereichen die Entwicklung real erheblich anders aussehen kann als nominal. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist bemerkenswert, daß die schleswig-holsteinische Land- und Forstwirtschaft 1974 zusammen mit Niedersachsen mit 9% den größten Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt unter allen Bundesländern aufweist. Damit ist die Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein relativ sehr stark vertreten, denn der Beitrag der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft zum Bundesergebnis beläuft sich auf 8%, während die gesamte Wirtschaft unseres Landes nur mit 3% am realen Bruttoinlandsprodukt beteiligt ist. Im Bundesgebiet entfallen auf die Land- und Forstwirtschaft nur 4%, in Schleswig-Holstein ist ihre Bedeutung also relativ mehr als doppelt so groß.

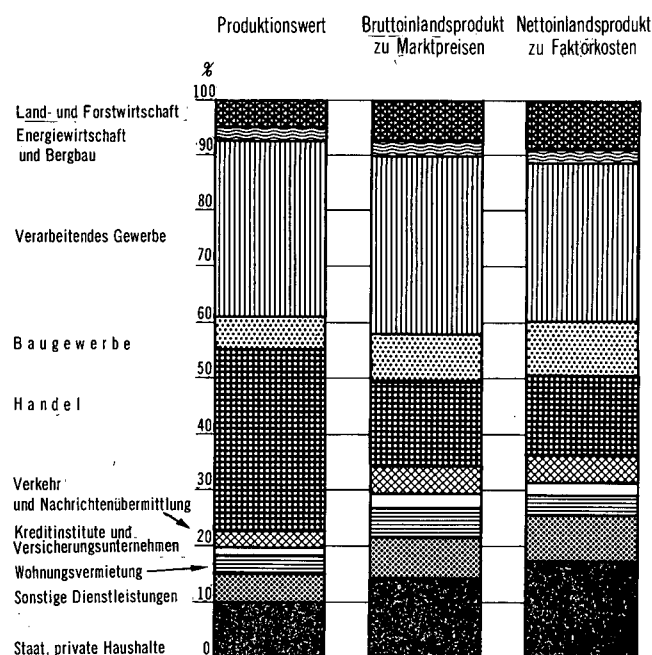
Die Bedeutung der Abschreibungen und des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen

Wie bereits oben erwähnt, sind in dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen die Abschreibungen und indirekten Steuern enthalten und die Subventionen subtrahiert. Das Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen erhält man demnach durch Abzug der verbrauchsbedingten Abschreibungen auf die zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Anlagegüter. Neben diesem Marktpreis ist jedoch der Kostenwert aller an der Leistungserstellung beteiligten Produktionsfaktoren von Interesse. Er ergibt sich aus dem Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen durch Addition der vom Staat gezahlten Subventionen und durch Subtraktion der bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen indirekten Steuern. Man erhält damit das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, das der Summe der im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen, den Löhnen und Gehältern, Mieten, Pachten, Zinsen und Gewinnen, entspricht.

Wenn man sich diese Zusammenhänge theoretisch verdeutlicht hat, möchte man für die

Anteile der Bereiche 1970 am

D - 4667



praktische Arbeit mit diesen Werten sicherlich über das Gewicht der Abschreibungen und des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen unterrichtet sein. Die Abschreibungen machten 1970 einen Anteil von 11% am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen aus. Dieser Anteilswert errechnet sich auch schon für 1966 und ist seitdem nahezu konstant geblieben, nachdem er 1960 noch bei 8% gelegen hatte.

Abschreibungen messen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens im Lauf der Periode durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten. Vorzeitiges Ausscheiden von Anlagen durch Schadenfälle ist, soweit diese versicherbar sind, berücksichtigt (durch Einstellen einer Rückstellung). Straßen, Brücken, Wasserwege und ähnliche Güter des Staates mit schwer bestimmbarer Nutzungsdauer werden internationalen Brauch folgend nicht abgeschrieben. Bei diesen Gütern wird davon ausgegangen, daß ihr Nutzwert durch entsprechende Reparaturen erhalten bleibt.

Im Gegensatz zu den Abschreibungen in der Handels- und Steuerbilanz werden die Abschreibungen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Wiederbeschaffungspreisen der Anlagegüter in der Berichtsperiode bewertet. Als Einkommen wird somit nur angesehen, was nach Erhaltung des "realen" Vermögensbestandes übrig bleibt.

Bei der Berechnung der Abschreibungen wird von den Anlageinvestitionen der einzelnen

Entstehung des Inlandsprodukts 1970
Schleswig-Holstein

Bereich	Produk- tions- wert (PW)	Vorleistungen		Beitrag zum BIP zu Markt- preisen		Abschreibungen		Beitrag zum NIP zu Markt- preisen		Indirekte Steuern – Subventionen		Beitrag zum NIP zu Faktor- kosten
	Mill.DM	Mill.DM	Anteil am PW in %	Mill.DM	Mill.DM	Anteil am BIP in %	Mill.DM	Mill.DM	Anteil am NIP in %	Mill.DM	Anteil am NIP in %	Mill.DM
Land- und Forstwirtschaft	3 187	1 554	48,8	1 633	265	16,2	1 369	– 146	10,7			1 514
Warenproduzierendes Gewerbe	24 546	14 468	58,9	10 078	1 040	10,3	9 038	1 801	19,9			7 237
Energiewirtschaft und Bergbau	1 480	826	55,8	654	177	27,1	477	43	9,0			434
Verarbeitendes Gewerbe	19 350	12 036	62,2	7 314	730	10,0	6 584	1 508	22,9			5 076
Baugewerbe	3 716	1 606	43,2	2 110	133	6,3	1 978	250	12,6			1 728
Handel und Verkehr	21 853	17 244	78,9	4 609	434	9,4	4 175	745	17,8			3 430
Handel	20 026	16 605	82,9	3 421	195	5,7	3 226	699	21,7			2 527
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 827	639	35,0	1 188	239	20,1	949	46	4,8			903
Dienstleistungsunternehmen	5 967	2 483	41,6	3 484	648	18,6	2 836	255	9,0			2 581
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	855	346	40,5	509	32	6,3	477	48	10,1			428
Wohnungsvermietung	2 006	785	39,1	1 221	516	42,3	705	23	3,3			682
Sonstige Dienstleistungen	3 106	1 352	43,5	1 754	100	5,7	1 654	183	11,1			1 471
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	6 164	2 865	46,5	3 299	194	5,9	3 105	15	0,5			3 090
Summe der Bereiche (bereinigt)	61 491	38 613	62,8	22 878	2 581	11,3	20 297	2 670	13,2			17 627

Jahre in konstanten Preisen ausgegangen, die entsprechend der erwarteten wirtschaftlichen Nutzungsdauer der einzelnen Gütergruppen auf die Gesamtzeit ihrer Nutzung gleichmäßig verteilt werden. Die auf die einzelnen Jahre entfallenden Beträge werden anschließend mit jeweiligen Preisen der entsprechenden Investitionsgüter (Wiederbeschaffungspreisen) bewertet. Zur Aufteilung der so ermittelten Ergebnisse für den gesamten Unternehmenssektor auf einzelne Unternehmensbereiche werden vorwiegend die Kostenstrukturstatistiken herangezogen.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich zum Teil erhebliche Abweichungen vom durchschnittlichen Anteil der Abschreibungen am Bruttoinlandsprodukt von 11%, was wiederum verständlich ist, wenn man berücksichtigt, daß gerade durch das Gewicht der im Produktionsprozeß eingesetzten Anlagegüter die jeweilige Struktur bestimmt wird. Anders ausgedrückt, es kommt darauf an, wie in den Wirtschaftsbereichen das Verhältnis des Einsatzes von Arbeit und Kapital ist. Für eine derartige Untersuchung ist aber die Zusammenfassung der Wirtschaftszweige in fünf Wirtschaftsbereiche zu grob, denn danach ergibt sich ausgerechnet für die Dienstleistungsunternehmen 1970 ein überdurchschnittlich hoher Anteilswert der Abschreibungen von 19% am Bruttoinlandsprodukt, was aber nur auf den kapitalintensiven Bereich Wohnungsvermietung mit einem Anteilswert von 42% zurückzuführen ist. Bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen und auch bei den sonstigen Dienstleistungen machen die Abschreibungen dagegen nur 6% vom Bruttoinlandsprodukt zu Markt-

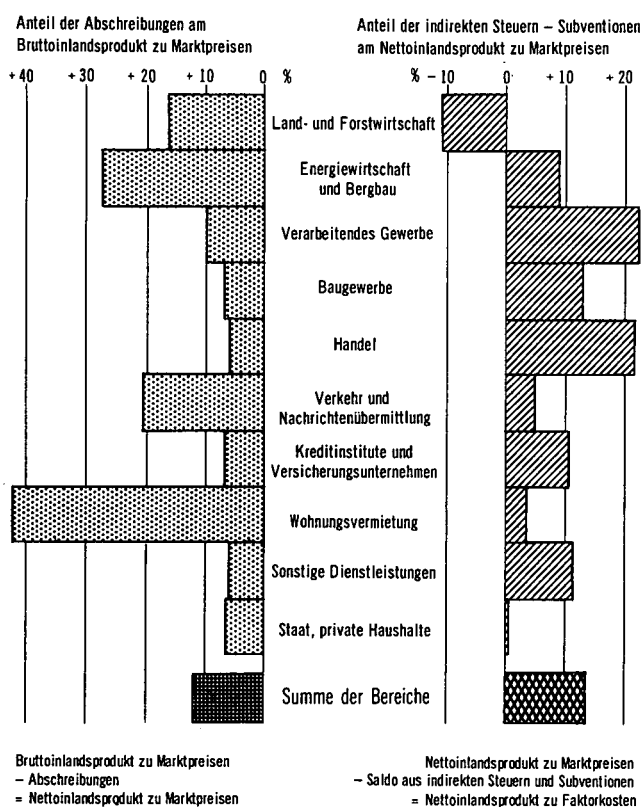
preisen aus. Dieser Anteilswert von 6% scheint aber für viele Wirtschaftsbereiche eine gewisse Richtgröße zu sein, denn er ergibt sich über die bereits erwähnten Wirtschaftsbereiche hinaus auch für das Baugewerbe, den Handel, den Staat sowie die privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter. Außer in der Wohnungsvermietung haben die Abschreibungen noch im Wirtschaftsbereich Energiewirtschaft und Bergbau (27%), beim Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung (20%) und auch in der Land- und Forstwirtschaft (16%) ein überdurchschnittliches Gewicht.

Aus dem Verhältnis vom Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten kann die Einflußnahme des Staates durch Erhebung von indirekten Steuern und Verteilung von Subventionen auf den Wirtschaftsprozess abgelesen werden. Anders ausgedrückt gibt das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten das Produkt an, das entstehen würde, wenn der Staat nicht durch Erhebung von indirekten Steuern und Verteilung von Subventionen in den Markt eingreifen würde. Welche Bedeutung diese Maßnahmen haben, wird sichtbar, wenn man für 1970 berechnet, daß in Schleswig-Holstein das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten nur 87% des Nettoinlandsprodukts zu Marktpreisen ausmacht.

Bei der Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen ist festzustellen, daß die Einflußnahme des Staates sehr unterschiedlich ist. Da im Bereich Land- und Forstwirtschaft die geleisteten Subventionen größer sind als die erhobenen Steuern, kommt es in diesem Bereich zu der Ausnahmesituation, daß das

1970

zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten



Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten sogar größer ist als das Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen, und zwar ergibt sich für 1970 eine Meßziffer von 111. Das andere Extrem ist der Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe, der durch den Staat besonders stark belastet wird, denn hier erreichte das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten nur 77% des Wertes, der sich nach Berechnung mit Marktpreisen ergibt. Hervorgerufen wird diese große Differenz in der Bewertung vor allem durch die überdurchschnittlich hohe Steuerbelastung in der Mineralölwirtschaft

und der Genußmittelindustrie, die in Schleswig-Holstein darüber hinaus noch ein relativ starkes Gewicht haben. Im gesamten Bundesgebiet ergibt sich für diesen Bereich nämlich ein Anteilswert von 82%. Nahezu gleich stark wie im verarbeitenden Gewerbe ist bei einem Anteilswert von 78% die Belastung im Handel. Dagegen gleichen im Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung die geleisteten Subventionen die erhobenen indirekten Steuern nahezu aus, denn das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten ergibt 95% des Nettoinlandsprodukts zu Marktpreisen.

Im Zeitablauf ist der Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen relativ zurückgegangen, denn 1960 erreichte das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten in Schleswig-Holstein nur 84% des Nettoinlandsprodukts zu Marktpreisen gegenüber 87% im Jahre 1970. Dieser Rückgang der staatlichen Beeinflussung ist ganz wesentlich auf die Veränderungen im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen, wo 1960 der Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen noch 31% des Inlandsprodukts zu Marktpreisen ausmachte gegenüber 23% im Jahre 1970.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern hält Schleswig-Holstein 1970 eine durchschnittliche Position, denn das Bundesgebiet insgesamt kommt auf denselben Anteilswert wie unser Land. Am stärksten wirkt sich die verschiedene Berechnungsweise des Nettoinlandsprodukts bei den beiden Hansestädten Hamburg und Bremen aus; in Hamburg entfallen 25% und in Bremen 23% des Nettoinlandsprodukts zu Marktpreisen auf den Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen. Am geringsten ist dieser Anteil mit 9% in Hessen.

Peter Möller

Vergleiche auch: "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1974 (Erste vorläufige Ergebnisse)" in Wirtschaft und Statistik 1975, S. 75 (Februar)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtete, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

— = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . Heft 4 . April 1975

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 580	2 580	2 580	2 585	2 584
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	1 112	596	839	1 104	1 210
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,4	5,9	5,1	2,7	4,2	5,2	5,5
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 440	2 199	2 065	2 092	2 020	1 876	2 008
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	10,3	9,4	9,5	10,2	8,8	9,1
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 948	2 763	2 715	2 646	2 948
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,8	12,6	13,5	12,6	13,7	12,5	13,4
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	51	34	34	37	36
* je 1 000 Lebendgeborene		19,9	21,7	24,7	16,3	16,8	19,7	17,9
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 290	- 494	- 883	- 671	- 695	- 770	- 940
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,4	- 2,3	- 4,0	- 3,1	- 3,5	- 3,6	- 4,3
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	6 169	7 838	5 709	6 705	5 366
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	5 698	6 623	5 634	5 845	5 132
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 471	+ 1 215	+ 75	+ 860	+ 234
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	9 457	11 524	9 044	10 584	8 908
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	21 324	25 985	20 387	23 134	19 406
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		168	165	140	171	149	159	129
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	12	14	27	34	34	39	45	54	55
darunter *Männer	1 000	7	8	16	21	21	22	27	34	35
Offene Stellen	1 000	19	20	11	12	14	8	8	9	10
darunter für Männer	1 000	11	13	7	8	9	5	4	5	6
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 ^a	1 496 ^a	1 496	.	.	.	1 507	.	.
darunter *Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	498 ^a	504 ^a	504	.	.	.	495	.	.
*Schweine	1 000	1 598 ^a	1 659 ^a	1 659	.	.	.	1 567	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	161 ^a	168 ^a	168	.	.	.	168	.	.
darunter *trächtig	1 000	100 ^a	111 ^a	111	.	.	.	111	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	29	35	28	45	32	38	34
*Kälber	1 000 St.	2	1	1	2	2	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	205 ^b	200	196	221	187	228	212	231	186
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	8 ^b	7 ^c	12	13	9	15	12	13	9
*Schlachtungsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	23,7	24,2	22,4	26,8	22,5	30,0	25,3	29,0	24,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	7,2	9,0	7,2	11,7	8,3	10,0	8,8
*Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,3	16,1	15,0	17,7	15,1	18,1	16,8	18,8	15,1
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	262	268	268	278	271	273	270
Kälber	kg	78	95	100	97	98	100	100	93	90
Schweine	kg	83	83	82	85	85	85	84	86	85
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾										
*für Legehennenküken	1 000	518	515	467	527	614	460	390	481	500
*für Masthühnerküken	1 000	877	879	581	934	741	946	995	1 006	945
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	843	825	666	910	471	752	639	835	764
*Milcherzeugung										
1 000 t		178	181	168	185	181	142	167	184	181
darunter *an Meiereien geliefert	%	92	93	92	93	93	93	93	93	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	10,8	12,0	13,0	9,4	10,8	12,0	13,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1974			Offene Stellen am 31. 1. 1975	Kuhmilcherzeugung im Dezember 1974		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag
		VZ 1961	30. 9. 1973				
		in %					
Schleswig-Holstein	2 586	+ 11,6	+ 0,2	9	167	93	10,7
Hamburg	1 739	- 5,1	- 0,9	11	1	90	9,4
Niedersachsen	7 268	+ 9,5	+ 0,2	23	310	90	9,7
Bremen	726	+ 2,8	- 0,7	4	1	83	9,5
Nordrhein-Westfalen	17 228	+ 8,3	- 0,1	66	203	93	9,4
Hessen	5 580	+ 15,9	+ 0,1	22	99	80	9,7
Rheinland-Pfalz	3 695	+ 8,1	- 0,2	10	68	82	8,7
Baden-Württemberg	9 238	+ 19,1	+ 0,0	34	201	76	9,2
Bayern	10 853	+ 14,1	+ 0,0	31	534	88	8,9
Saarland	1 106	+ 3,1	- 0,8	2	8	75	9,6
Berlin (West)	2 029	- 7,7	- 1,0	8	0	24	15,3
Bundesgebiet	62 048	+ 10,4	- 0,1	221	1 594	87	9,4

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1974			
	Beschäftigte am 31. 12. 1974 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Dezember 1974		Produk- tions- index 3) 1962=100 im Dezember 1974	Beschäftigte am 30. 11. 1974		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	183	1 724	18	190	53	20	1 112	4,3	1 731	6,7
Hamburg	181	2 357	21	118	34	20	491	2,8	726	4,2
Niedersachsen	722	5 798	26	137	154	21	4 186	5,8	3 965	5,5
Bremen	99	1 290	28	.	17	24	326	4,5	811	11,2
Nordrhein-Westfalen	2 439	19 876	26	.	331	19	7 038	4,1	9 924	5,8
Hessen	684	4 773	26	.	117	21	2 588	4,6	3 125	5,6
Rheinland-Pfalz	387	3 479	33	222	76	21	1 800	4,9	2 477	6,7
Baden-Württemberg	1 504	10 047	25	165	209	23	4 219	4,6	6 171	6,7
Bayern	1 333	9 296	24	.	258	24	4 456	4,1	8 470	7,8
Saarland	160	1 070	37	.	19	17	595	5,4	361	3,3
Berlin (West)	215	1 399	14	.	37	18	638	3,1	1 071	5,3
Bundesgebiet	7 908	61 109	25	164	1 304	21	27 449	4,4	38 832	6,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1974			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Dezember 1974				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30.11.1974 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						in 3. Vierteljahr 1974		
									in DM je Einwohner		
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	851	718	278	1 467	78	1 884	134	3 144	283	295	110
Hamburg	531	482	276	1 015	30	1 332	134	5 873	467	2 303	214
Niedersachsen	2 423	2 025	279	3 771	253	4 991	139	3 890	301	289	111
Bremen	217	195	269	407	8	515	129	4 463	385	1 181	197
Nordrhein-Westfalen	5 247	4 668	271	8 215	367	10 652	134	4 486	360	502	130
Hessen	1 932	1 660	297	2 586	114	3 432	137	5 018	355	444	145
Rheinland-Pfalz	1 272	1 046	283	1 668	106	2 301	144	4 178	297	331	121
Baden-Württemberg	3 194	2 692	291	4 242	228	5 824	143	4 678	353	464	131
Bayern	3 823	3 055	282	4 423	276	6 227	147	4 776	327	392	132
Saarland	340	302	273	480	28	673	146	3 827	297	325	87
Berlin (West)	510	462	227	1 239	53	1 550	129	4 119	255	676	122
Bundesgebiet	20 424 ^a	17 341 ^a	280	29 513	1 541	39 381	139	4 484	338	490	131

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . Heft 4 . April 1975

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

			1972	1973	1973/74			1974/75			
			Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000		2 554	2 573	2 580	2 580	2 580	2 585	2 584
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl		1 370	1 266	1 112	596	839	1 104	1 210
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			6,4	5,9	5,1	2,7	4,2	5,2	5,5
*Lebendgeborene 2)	Anzahl		2 440	2 199	2 065	2 092	2 020	1 876	2 008
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			11,5	10,3	9,4	9,5	10,2	8,8	9,1
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl		2 730	2 693	2 948	2 763	2 715	2 646	2 948
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			12,8	12,6	13,5	12,6	13,7	12,5	13,4
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl		49	48	51	34	34	37	36
* je 1 000 Lebendgeborene			19,9	21,7	24,7	16,3	16,8	19,7	17,9
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl		- 290	- 494	- 883	- 671	- 695	- 770	- 940
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			- 1,4	- 2,3	- 4,0	- 3,1	- 3,5	- 3,6	- 4,3
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl		8 527	8 280	6 169	7 838	5 709	6 705	5 366
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl		6 530	6 468	5 698	6 623	5 634	5 845	5 132
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl		+ 1 997	+ 1 812	+ 471	+ 1 215	+ 75	+ 860	+ 234
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl		10 400	10 318	9 457	11 524	9 044	10 584	8 908
Wanderungsfälle	Anzahl		25 456	25 066	21 324	25 985	20 387	23 134	19 406
je 1 000 Einw. und 1 Jahr			168	165	140	171	149	159	129
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000		12	14	27	34	34	39	45	54	55
darunter *Männer	1 000		7	8	16	21	21	22	27	34	35
Offene Stellen	1 000		19	20	11	12	14	8	8	9	10
darunter für Männer	1 000		11	13	7	8	9	5	4	5	6
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000		1 421 ^a	1 496 ^a	1 496	.	.	.	1 507	.	.
darunter *Milchkühe											
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000		498 ^a	504 ^a	504	.	.	.	495	.	.
*Schweine	1 000		1 598 ^a	1 659 ^a	1 659	.	.	.	1 567	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000		161 ^a	168 ^a	168	.	.	.	168	.	.
darunter *trächtig	1 000		100 ^a	111 ^a	111	.	.	.	111	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.		29	31	29	35	28	45	32	38	34
*Kälber	1 000 St.		2	1	1	2	2	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.		205 ^b	200	196	221	187	228	212	231	186
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.		8 ^b	7 ^c	12	13	9	15	12	13	9
*Schlachtungsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t		23,7	24,2	22,4	26,8	22,5	30,0	25,3	29,0	24,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t		7,2	8,0	7,2	9,0	7,2	11,7	8,3	10,0	8,8
*Kälber	1 000 t		0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t		16,3	16,1	15,0	17,7	15,1	18,1	16,8	18,8	15,1
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg		257	264	262	268	268	278	271	273	270
Kälber	kg		78	95	100	97	98	100	100	93	90
Schweine	kg		83	83	82	85	85	85	84	86	85
Geflügel											
Eingelegte Bruteier 6)											
*für Legehennenküken	1 000		518	515	467	527	614	460	390	481	500
*für Masthühnerküken	1 000		877	879	581	934	741	946	995	1 006	945
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg		843	825	666	910	471	752	639	835	764
*Milcherzeugung											
darunter *an Meiereien geliefert	1 000 t		178	181	168	185	181	142	167	184	181
%	%		92	93	92	93	93	93	93	93	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg		12,0	11,8	10,8	12,0	13,0	9,4	10,8	12,0	13,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	186	185	186	185	183	180	179
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	137	136	136	134	132	129	129
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	20 666	21 743	21 851	21 913	19 324	20 123	19 564
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	218,5	208,0	190,5	258,6	237,9	213,8	201,4
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	117,4	100,0	96,9	134,8	133,2	113,3	112,1
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	20	28	34	31	31	32	30	32	26
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	16,6	14,7	15,7	15,0	14,5	16,8	15,2
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	3,9	3,1	5,0	3,2	3,0	5,6	3,7
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	12,7	11,6	10,7	11,9	11,6	11,2	11,4
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	108	104	98	100	92	86	80
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	23	23	22	21	19	21	21
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	86	81	75	79	73	64	59
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	173	168	174	190	169	168	162
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	47	41	37	38	41	39	32
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 273	r 1 436	1 655	1 504	1 434	1 966	r 1 724	1 525	1 562
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	352	238	238	327	306	309	359
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	181	176	188	202	190	168	180
*Bergbau	1962=100	109	100	95	96	96	77	77	78	79
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	167	178	212	189	171	171	164
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	220	208	225	256	277	201	229
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	228	200	212	221	196	171	205
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	136	137	130	157	127	139	139
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	89	119	131	141	103	114	107
Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	97,0	96,7	95,0	.	.	.	90,4	.	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	126,7	132,2	152,0	.	.	.	159,4	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	321	343	308	310	322	361	246
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	691	698	612	677	686	714	631
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	13	12	10	9	9	9	9
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	57 567	56 368	55 310	52 529	51 165	49 042	48 013
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	4 332	6 669	6 654	6 885	4 993	6 083	5 187
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	1 901	2 939	2 928	2 774	2 045	2 513	2 052
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	805	1 107	1 126	1 087	825	1 049	907
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	1 505	2 457	2 456	2 772	1 941	2 360	2 096
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	57,4	76,1	74,5	86,6	68,5	74,0	62,4
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	14,4	10,9	10,5	14,1	14,8	11,1	11,1
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	452,0	179,2	152,1	375,5	439,3	201,6	170,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	439	421	499	595	457	566	608
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	400	376	437	557	405	536	568
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	442	572	556	532	547	500	543
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	80 028	92 730	100 001	102 620	100 899	95 628	103 024
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	85	112	102	98	104	88	99
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	372	378	316	647	715	504	385
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	31 526	54 137	43 170	106 758	91 555	88 335	41 120
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	63	80	57	124	108	82	55
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	1 042	1 668	1 262	1 112	1 300	997	1 150
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	2 629	2 937	20 226	608	714	1 731	15 497	546	871
Wohnräume ¹²⁾	Anzahl	10 797	11 336	74 330	2 766	2 664	7 692	63 970	2 013	3 637
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	308,6	432,8	300,2	401,2	389,0
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	26,3	48,3	43,1	47,8	35,7
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	282,3	384,6	257,0	353,4	353,4
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	5,7	8,0	7,7	9,0	7,7
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	18,9	39,3	23,9	44,8	62,2
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	257,6	337,2	225,4	299,6	283,5
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	20,9	25,6	27,4	26,5	23,5
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	236,8	311,7	198,0	273,1	259,9
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	119,9	256,3	129,5	183,6	140,0
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	20,4	20,3	23,6	21,5	17,0
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	25,5	161,2	31,0	33,6	32,0
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	25,5	23,3	23,1	37,1	31,1
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	10,7	16,0	15,2	51,7	21,6
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	89,9	61,6	39,8	55,8	61,0
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	6,5	19,1	8,0	5,5	10,5
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	65,3	18,9	10,4	25,4	26,6
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	172,3	120,0	112,4	154,7	183,1	133,0	...
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	99,3	81,5	82,4	103,2	116,9	98,4	...
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	200	69	65	72	91	79	68	77
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	18	6	5	7	9	7	6	8
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	1 659	267	253	274	330	321	280	303
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	37	14	13	16	18	16	11	16
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	1 029	1 003	1 072
Güterversand	1 000 t	307	399	483	481	541
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	212	246	237	234	182	201	217
*Güterversand	1 000 t	362	327	237	300	276	275	180	213	179
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	63	92	10	33	55	23	24	47	...
*Personenkraftwagen ¹⁴⁾	Anzahl	7 234	6 693	2 933	4 154	5 056	5 095	4 345	5 502	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	445	386	206	261	302	209	249	213	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 185	966	897	1 467	1 467	1 099	1 053
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	36	30	40	72	78	61	47
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	1 516	1 207	1 114	1 916	1 884	1 393	1 316

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 540	23 133	23 133	23 208	23 319	25 583	24 984	24 996	25 152
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	22 352	22 418	22 538	23 663	24 024	24 035	24 196
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 903	4 895	4 964	4 986	5 176	5 073	5 075
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 882	4 874	4 941	4 953	5 147	5 037	5 038
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	21	22	22	33	29	36	37
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	2 068	2 039	1 987	2 187	2 215	2 225	2 229
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 925	1 902	1 847	2 001	2 028	2 037	2 037
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	143	137	140	186	187	188	192
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	15 382	15 485	15 587	16 491	16 633	16 737	16 892
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	12 934	13 016	13 140	13 884	13 944	14 008	14 138
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 448	2 468	2 448	2 607	2 689	2 729	2 754
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	18 446	18 471	18 481	19 795	20 182	20 153	20 333
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	10 614	10 668	10 644	11 667	11 529	11 437	11 498
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	6 645	6 742	6 678	7 538	7 374	7 281	7 264
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 969	3 925	3 966	4 129	4 155	4 156	4 235
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 832	7 804	7 837	8 128	8 654	8 715	8 835
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 686	4 664	4 686	4 856	5 169	5 193	5 260
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	812	567	395	396	987	643	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	413	595	361	336	461	581	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	39	20	12	19	20	20	15
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	3	4	1	4	2	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	549	511	449	471	437
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	1,667	1,591	1,581	2,594	1,928
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	616 629	405 996	356 880	442 437	745 847	393 288	422 514
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	278 599	527 352	293 907	214 016	326 213	639 607	266 448	280 292
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	255 681	239 484	201 822	291 133	349 668	220 717	254 265
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	235 918	37 029	1 370	24 012	214 124	36 214	17 065
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	615	6 352	1 771	902	2 681	6 562	2 428
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	35 138	11 042	9 053	10 167	73 134	2 955	6 534
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	89 277	112 089	142 865	116 224	106 240	126 840	142 222
*Umsatzsteuer	1 000 DM	69 991	68 131	61 948	85 417	106 326	72 045	69 710	91 491	111 174
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	27 329	26 673	36 539	44 179	36 531	35 349	31 047
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	172 386	110 745	132 648	46 588	65 301	45 088	47 661
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	10 654	9 105	9 811	11 538	9 774	52 546	188
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	148 975	96 027	115 825	30 082	39 338	39 028	41 171
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	20 734	32 689	37 065	39 111	23 586	33 256	39 051
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 700	1 674	2 202	14 566	17 031	3 115	1 573	15 505
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	12 276	24 335	16 091	15 959	14 364	25 055	16 104
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	755	987	729	918	1 083	715	720
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 ⁺	187 078 ⁺	209 655	.	.	.	228 001	.	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 ⁺	7 114 ⁺	6 698	.	.	.	6 609	.	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 ⁺	26 496 ⁺	25 421	.	.	.	24 123	.	.
*Gewerbsteuer	1 000 DM	97 117 ⁺	121 447 ⁺	146 040	.	.	.	162 223	.	.
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁰⁾	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	16 248	.	.	.	18 811	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	16 248	.	.	.	18 811	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	482 359	291 505	295 194	222 064	440 189	244 236	209 525
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	229 264	103 925	72 487	102 255	280 338	115 239	73 729
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	58 030	70 616	90 005	73 221	66 932	78 994	87 824
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	22 680	6 219	55	-	27 618	4 915	312
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	348 011	265 613	234 816	285 719	396 357	241 077	293 670
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	229 264	146 175	108 713	170 597	280 338	115 239	157 465
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	64 297	65 034	75 333	80 530	88 982	76 010	64 814	87 668	96 842
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	22 680	6 219	55	-	27 618	4 915	312
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 ⁺	250 030 ⁺	338 824	.	.	.	368 518	.	.
*Gewerbsteuer	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	53 575	.	.	.	48 448	.	.
nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	53 575	.	.	.	48 448	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 ⁺	111 589 ⁺	221 634	.	.	.	254 292	.	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	99,8	112,6	126,7	141,6	144,8	146,0	144,3	142,3	140,7
Ausfuhrpreise	1970=100	105,5	112,3	117,1	122,9	125,7	135,3	134,8	136,0	135,6
Grundstoffpreise	1962=100	108,9	120,3	130,6	137,1	141,1	144,6	143,7	143,7	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²³⁾	1970=100	107,0	114,1 ^e	118,3	121,8	125,1	133,0	133,0	134,6	134,6
landwirtschaftlicher Produkte ²³⁾	1961/63=100	118,7 ^e	118,8 ^f	124,5	120,6	119,6	119,8	120,3 ^p	117,6 ^p	119,1
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ²⁴⁾	1962=100	174,3	187,1	.	.	193,9	203,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²³⁾	1962/63=100	127,3 ^e	139,8 ^f	138,0	140,2	143,0	147,8	148,5 ^r	149,9	150,5
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	135,0	136,3	137,4	145,8	146,3	147,5	148,4
*Preisindex für die Lebenshaltung ²⁵⁾	1970=100	111,1	118,8	122,9	123,7	124,8	129,7	130,1	131,3	132,0
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	120,0	121,4	121,8	124,8	125,4	126,5	127,1
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	124,5	125,3	126,2	133,6	133,9	134,3	135,0
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	121,6	122,6	123,2	126,9	127,1	128,2	129,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	161,3	153,4	156,1	153,5	153,0	158,8	157,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	117,0	118,9	119,8	127,6	128,3	129,4	130,2
Löhne und Gehälter ²⁶⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	.	397
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	.	421
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	.	253
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	.	242
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	.	9,23
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	.	9,78
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	.	6,21
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	.	5,92
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	.	43,0
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	.	40,7
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	.	2 076
*weiblich	DM	1 194	1 355	.	1 398
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	.	2 233
*weiblich	DM	1 218	1 321	.	1 385
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	.	1 813
*weiblich	DM	953	1 129	.	1 155
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	.	2 080
weiblich	DM	(1 112)	1 384	.	1 500
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	.	1 896
weiblich	DM	1 019	1 184	.	1 215
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	.	2 217
weiblich	DM	1 213	1 325	.	1 388

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

18) Grundsteuerbeiträge abgeglichen

20) Gewerbesteuerabgleichszuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins-gesamt	im sozialen Wohnungsbau						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	Auslands-gäste
in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM			in 1 000					
1969	28	23	24	868	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	...	27,1

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 865	590	867	1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675
1973	3 558	2 794	1 000	1 138	3 047	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562	1 923

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1970=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst		
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
	indu- strieller Produkte 7) 1962=100	landwirt- schaftlicher Produkte 7)8) 1961/63 =100		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen			
			DM									
1969	101,5	106,2	127,2	96,7	97,7	259	157	1 208	758	1 398	1 474	1 005
1970	107,5	98,1	147,4	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152
1971	112,5	106,5	162,7	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257
1972	116,1	118,7	174,3	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	123,8	...	187,1	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448

1) Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

5) ohne Kassenkredite

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

6) alle privaten Haushalte

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. November 1974			Bevölkerungsveränderung im November 1974			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1975	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	94 698	- 0,1	- 0,8	- 13	- 65	- 78	26 251	23 936
KIEL	264 489	+ 0,3	- 0,4	- 121	826	705	74 124	67 532
LÜBECK	234 734	- 0,1	- 0,6	- 148	- 57	- 205	62 366	56 203
NEUMÜNSTER	85 717	- 0,1	- 0,8	- 8	- 65	- 73	26 275	23 433
Dithmarschen	132 024	- 0,1	- 0,8	- 51	- 107	- 158	47 195	36 654
Hzgt. Lauenburg	150 818	- 0,1	+ 0,4	- 52	- 56	- 108	48 514	41 034
Nordfriesland	161 916	- 0,2	+ 0,3	- 47	- 338	- 385	58 473	46 458
Ostholstein	186 258	+ 0,1	- 0,0	- 106	245	139	60 503	50 527
Pinneberg	253 363	- 0,0	+ 0,1	- 24	- 47	- 71	81 873	71 407
Plön	113 298	- 0,0	+ 0,2	- 31	- 3	- 34	41 934	34 592
Rendsburg-Eckernförde	235 450	- 0,0	+ 0,6	- 20	- 88	- 108	81 791	66 826
Schleswig-Flensburg	176 336	+ 0,1	+ 0,5	- 51	226	175	66 236	52 124
Segeberg	192 070	+ 0,1	+ 2,4	2	124	126	72 841	61 359
Steinburg	131 490	- 0,1	- 1,0	- 55	- 52	- 107	45 103	36 390
Stormarn	172 388	+ 0,2	+ 1,6	- 45	317	272	58 683	50 849
Schleswig-Holstein	2 585 049	+ 0,0	+ 0,2	- 770	860	90	852 162	719 324

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1975 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.1.1975	Beschäftigte am 31.1.1975	Umsatz ⁴⁾ im Januar 1975 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	58	8 723	80	40	2	46
KIEL	145	29 848	219	100	4	119
LÜBECK	141	27 759	168	98	2	114
NEUMÜNSTER	73	10 212	50	46	-	56
Dithmarschen	61	6 132	142	56	3	73
Hzgt. Lauenburg	98	8 832	53	50	5	71
Nordfriesland	45	2 378	39	55	-	78
Ostholstein	75	5 869	44	79	2	105
Pinneberg	231	22 601	172	113	5	142
Plön	39	2 461	21	38	2	52
Rendsburg-Eckernförde	126	11 097	78	111	6	133
Schleswig-Flensburg	65	4 395	58	63	9	73
Segeberg	183	14 458	118	89	6	107
Steinburg	93	9 978	86	48	1	64
Stormarn	137	15 411	196	67	-	83
Schleswig-Holstein	1 570	180 154	1 525	1 053	47	1 316

1) nach dem Gebietsstand vom 30. November 1974

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1974			Offene Stellen am 31. 1. 1975	Kuhmilcherzeugung im Dezember 1974		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag
		VZ 1961	30. 9. 1973				
		in %		in 1 000		in %	
Schleswig-Holstein	2 586	+ 11,6	+ 0,2	9	167	93	10,7
Hamburg	1 739	- 5,1	- 0,9	11	1	90	9,4
Niedersachsen	7 268	+ 9,5	+ 0,2	23	310	90	9,7
Bremen	726	+ 2,8	- 0,7	4	1	83	9,5
Nordrhein-Westfalen	17 228	+ 8,3	- 0,1	66	203	93	9,4
Hessen	5 580	+ 15,9	+ 0,1	22	99	80	9,7
Rheinland-Pfalz	3 695	+ 8,1	- 0,2	10	68	82	8,7
Baden-Württemberg	9 238	+ 19,1	+ 0,0	34	201	76	9,2
Bayern	10 853	+ 14,1	+ 0,0	31	534	88	8,9
Saarland	1 106	+ 3,1	- 0,8	2	8	75	9,6
Berlin (West)	2 029	- 7,7	- 1,0	8	0	24	15,3
Bundesgebiet	62 048	+ 10,4	- 0,1	221	1 594	87	9,4

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1974			
	Beschäftigte am 31. 12. 1974 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Dezember 1974		Produk- tions- index 3) 1962=100 im Dezember 1974	Beschäftigte am 30. 11. 1974		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	183	1 724	18	190	53	20	1 112	4,3	1 731	6,7
Hamburg	181	2 357	21	118	34	20	491	2,8	726	4,2
Niedersachsen	722	5 798	26	137	154	21	4 186	5,8	3 965	5,5
Bremen	99	1 290	28	.	17	24	326	4,5	811	11,2
Nordrhein-Westfalen	2 439	19 876	26	.	331	19	7 038	4,1	9 924	5,8
Hessen	684	4 773	26	.	117	21	2 588	4,6	3 125	5,6
Rheinland-Pfalz	387	3 479	33	222	76	21	1 800	4,9	2 477	6,7
Baden-Württemberg	1 504	10 047	25	165	209	23	4 219	4,6	6 171	6,7
Bayern	1 333	9 296	24	.	258	24	4 456	4,1	8 470	7,8
Saarland	160	1 070	37	.	19	17	595	5,4	361	3,3
Berlin (West)	215	1 399	14	.	37	18	638	3,1	1 071	5,3
Bundesgebiet	7 908	61 109	25	164	1 304	21	27 449	4,4	38 832	6,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1974			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Dezember 1974				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 11. 1974 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						im 3. Vierteljahr 1974		
									in DM je Einwohner		
in 1 000											
Schleswig-Holstein	851	718	278	1 467	78	1 884	134	3 144	283	295	110
Hamburg	531	482	276	1 015	30	1 332	134	5 873	467	2 303	214
Niedersachsen	2 423	2 025	279	3 771	253	4 991	139	3 890	301	289	111
Bremen	217	195	269	407	8	515	129	4 463	385	1 181	197
Nordrhein-Westfalen	5 247	4 668	271	8 215	367	10 652	134	4 486	360	502	130
Hessen	1 932	1 660	297	2 586	114	3 432	137	5 018	355	444	145
Rheinland-Pfalz	1 272	1 046	283	1 668	106	2 301	144	4 178	297	331	121
Baden-Württemberg	3 194	2 692	291	4 242	228	5 824	143	4 678	353	464	131
Bayern	3 823	3 055	282	4 423	276	6 227	147	4 776	327	392	132
Saarland	340	302	273	480	28	673	146	3 827	297	325	87
Berlin (West)	510	462	227	1 239	53	1 550	129	4 119	255	676	122
Bundesgebiet	20 424 ^a	17 341 ^a	280	29 513	1 541	39 381	139	4 484	338	490	131

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung

Mehrlingsgeburten 3/50

Bildung und Kultur

Altersstruktur der Studenten 1/2

Ausländische Studenten 3/53

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

90 Jahre Raiffeisen 2/27

Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Industrie-Investitionen 1973 1/11

Verarbeitende Industrie 1974 1/8

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Baugewerbe am Wendepunkt? 2/32

Die nächste Wohnungszählung 1/16

Investitionen im Baugewerbe 1/13

Handel und Gastgewerbe

Umsatzentwicklung im Gastgewerbe 2/46

Öffentliche Sozialleistungen

Krankenversicherung 3/71

Öffentliche Finanzen

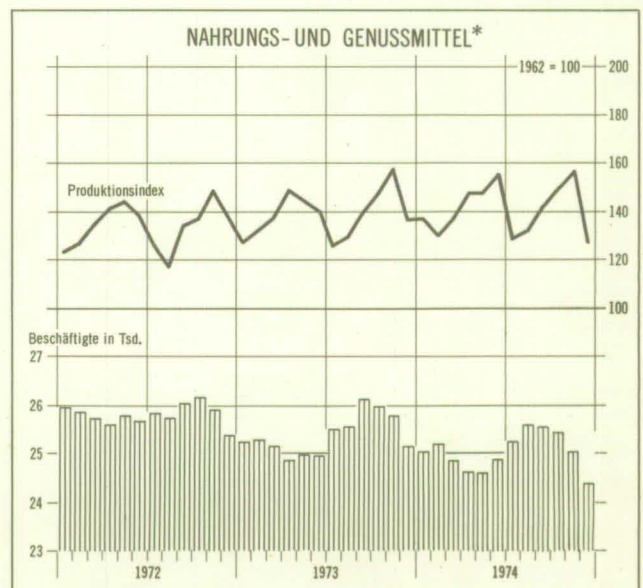
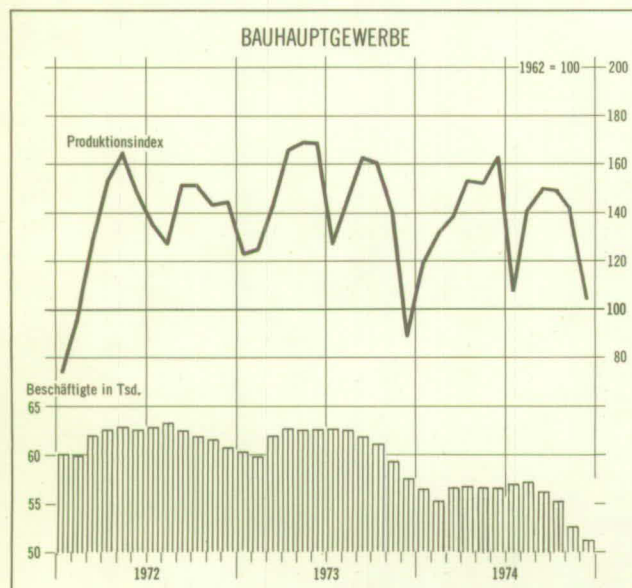
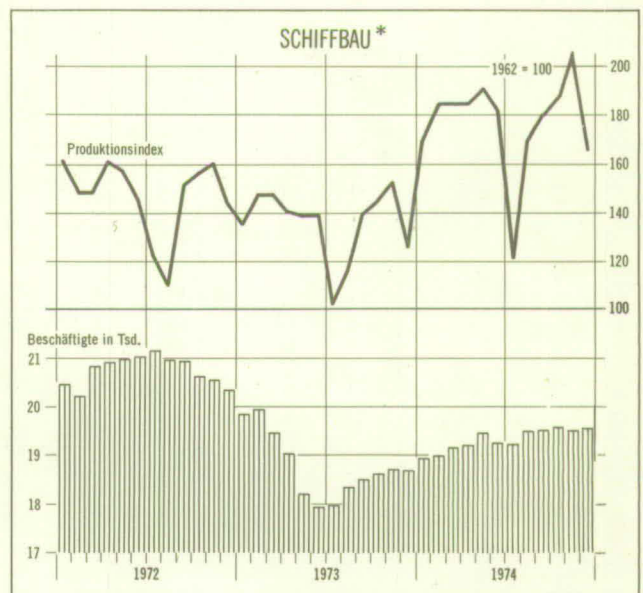
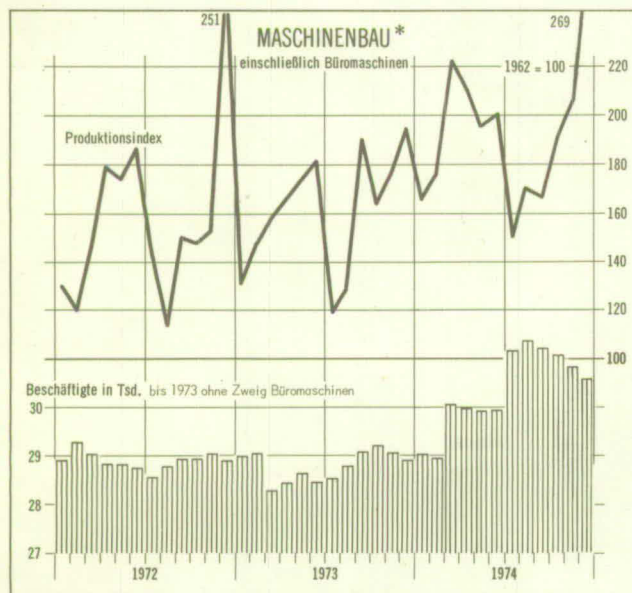
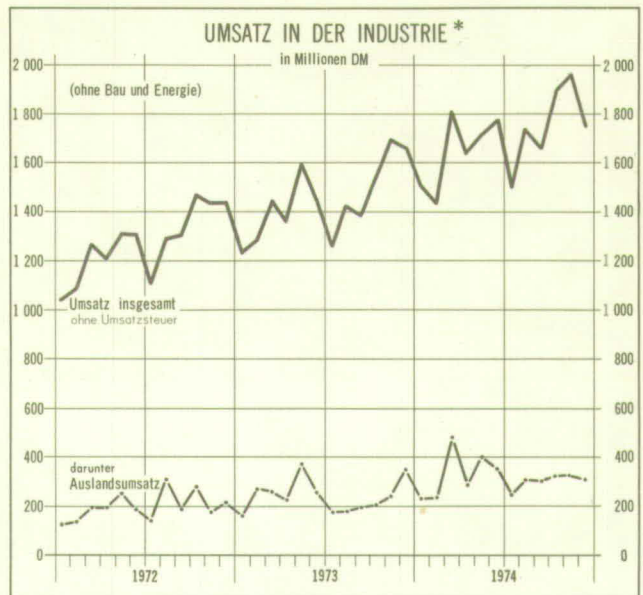
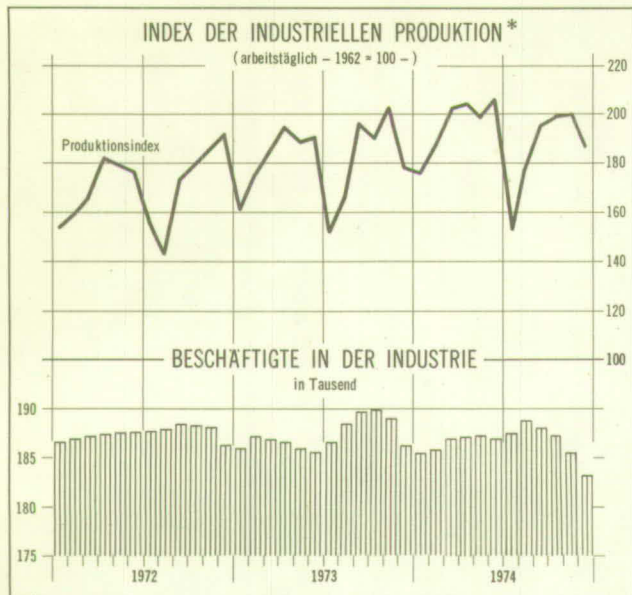
Körperschaftsteuer 1971 2/39

Löhne und Gehälter

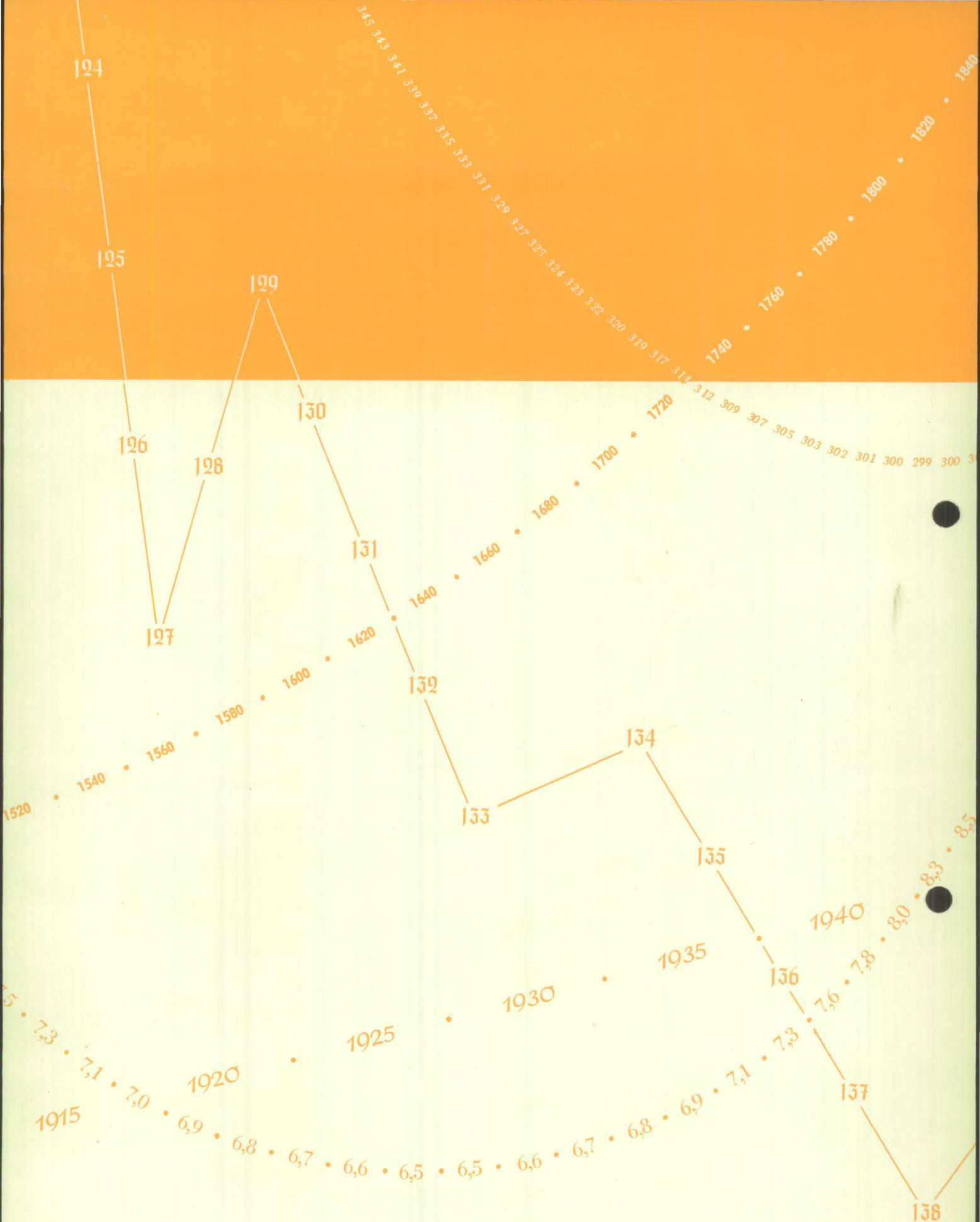
Struktur Löhne und Gehälter 3/57

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen